



Österreichisches Institut für Familienforschung
Austrian Institute for Family Studies



universität
wien

Working Paper

Norbert Neuwirth ▪ Georg Wernhart

Armutsvermeidung und Chancenangleichung

für Kinder aus einkommensschwachen und kinderreichen
Familien durch familienbezogene Geldtransfers

Nr. 85 | 2015

ÖIF Working Paper Nr. 85 | 2015

Österreichisches Institut für Familienforschung
an der Universität Wien
1010 Wien | Grillparzerstraße 7/9
T: +43(0)1 4277 48901 | info@oif.ac.at

www.oif.ac.at

Working Paper

Armutsvermeidung und Chancenangleichung

für Kinder aus einkommensschwachen und kinderreichen Familien
durch familienbezogene Geldtransfers

Modul 4 der Wirkungsanalyse der familienpolitischen Leistungen in Österreich

Norbert Neuwirth ■ Georg Wernhart

November 2015

Gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familien und Jugend über die
Familie & Beruf Management GmbH.



Das Österreichische Institut für Familienforschung an der Universität Wien (ÖIF) führt als unabhängiges wissenschaftliches Institut anwendungsorientierte Studien und Grundlagenforschung zur Struktur und Dynamik von Familien, Generationen, Geschlechtern und Partnerschaften durch. Die Kooperation mit internationalen Forschungseinrichtungen und die familienpolitische Beratung zählen dabei ebenso wie die umfangreiche Informations- und Öffentlichkeitsarbeit zu den Hauptaufgaben des ÖIF.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung – Fragestellung und Ausgangssituation.....	3
2	Armutsgefährdung im europäischen Vergleich	4
2.1	Die rein einkommensbezogene Armutsgefährdung	4
2.2	Einkommensarmut und materieller Mangel	8
2.3	Materielle Kinderarmut und Mangel an Verwirklichungschancen	10
3	Armutsgefährdung österreichischer Familien.....	12
3.1	Armutsgefährdung nach reiner Einkommensdefinition.....	15
3.1.1	Armutsgefährdungsquoten nach Kinderzahl.....	15
3.1.2	Armutsgefährdungslücken der Haushaltstypen	17
3.2	Über die einkommensbasierte Armutsgefährdung hinaus.....	18
4	Armutsmindernde Wirkung der Familientransfers.....	24
4.1	Effektivität der Transfers auf die monetäre Armutsgefährdung	24
4.2	Effekte auf die erweiterte Armutsgefährdung	27
4.2.1	Beitrag zur Dämpfung der materiellen Deprivation.....	27
4.2.2	Dämpfung der subjektiv empfundenen Armutsgefährdung	28
4.2.3	Verringerung der sozialen Exklusion	28
4.2.4	Dämpfung der kinderspezifischen Armutsgefährdung	29
4.3	Gesamteffekte der Variation kinderzahlabhängiger Instrumente	29
4.3.1	Familie 1: Familie mit zwei Kindern im Volksschulalter	30
4.3.2	Familie 2: Familie mit drei bereits etwas älteren Kindern	32
4.3.3	Familie 3: Familie mit drei schulpflichtigen Kindern.....	33
4.3.4	Familie 4: Familie mit vier bereits älteren Kindern.....	35
4.3.5	Familie 5: Familie mit vier noch jungen Kindern	36
5	Fazit und Ausblick.....	37
	Appendix	39
	Kurzbiografien der Autoren.....	51

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Entwicklung der einkommensbasierten Armutsgefährdungsquoten; 2005-2013	5
Abbildung 2: Einkommensbasierte Armutsgefährdung nach Haushaltstypen, 2013.....	6
Abbildung 3: Armutsgefährdung nach Alter des jüngsten Kindes	7
Abbildung 4: EU-28: Erweiterte Armutsgefährdung 2013	8
Abbildung 5: Armutsgefährdung von Kindern und Müttererwerbstätigkeit	9
Abbildung 6: Armutsbedrohte Kinder; nach Altersgruppen	10
Abbildung 7: Haushaltseinkommensverteilung in EUR nach Kinderzahl (Personensicht)	12
Abbildung 8: Durchschnittliche Kinderzahl von Frauen nach Einkommensdezilen	13
Abbildung 9: Einkommensbezogene Armutsgefährdung nach Kinderzahl	16
Abbildung 10: Armutsgefährdungslücke, in Euro und in Prozent des Schwellwerts	18
Abbildung 11: Armutsgefährdung nach den zusätzlichen Schlüsselindikatoren	19
Abbildung 12: Armutsgefährdung nach Einkommenskriterium und materieller Deprivation ..	20
Abbildung 13: Erweiterte Armutsgefährdung.....	21
Abbildung 14: Dimensionen der Armutsgefährdung.....	22
Abbildung 15: Reduktion der Armutsgefährdung durch Familien- und Sozialleistungen	25
Abbildung 16: Armutsgefährdungslücken der Haushalte mit/ohne Familientransfers	26
Abbildung 17: Reduktion der Armutsgefährdungen für Familie 1.....	31
Abbildung 18: Reduktion der Armutsgefährdungen für Familie 2.....	32
Abbildung 19: Reduktion der Armutsgefährdungen für Familie 3.....	34
Abbildung 20: Reduktion der Armutsgefährdungen für Familie 4.....	35
Abbildung 21: Reduktion der Armutsgefährdungen für Familie 5.....	36
Appendix-Abbildung 1: Armutsgefährdung nach Haushaltstypen, alle EU-28; 2013	41
Appendix-Abbildung 2: Durchschnittliche Kinderzahl nach Einkommensperzentilen.....	42

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Länderrankings nach der integrierten Kindeswohlfahrt, UNICEF 2013.....	11
Tabelle 2: Äquivalenzeinkommen nach Personen- und Kindersicht	14
Tabelle 3: Korrelation der Armutsgefährdungen unterschiedlicher Definitionen	23
Appendix-Tabelle 1: Materielle Deprivation von Kindern - Haushaltsausstattung.....	39
Appendix-Tabelle 2: Materielle Deprivation von Kindern – Bildungsinfrastruktur Haushalt ...	40
Appendix-Tabelle 3: Kennzahlen der Einkommensverteilung (Personensicht).....	43
Appendix-Tabelle 4: Kennzahlen der Einkommensverteilung (Kindersicht).....	44
Appendix-Tabelle 5: Armutsgefährdung vor und nach sozialen Transfers (2013)	45
Appendix-Tabelle 6: Senkung der direkten Armutsgefährdung durch FBH, KAB und MKZ...	46
Appendix-Tabelle 7: Senkung der materiellen Deprivation durch FBH, KAB und MKZ	46
Appendix-Tabelle 8: Senkung der subjektiv empfundenen Armutsgefährdung	47
Appendix-Tabelle 9: Senkung der sozialen Exklusion durch FBH, KAB und MKZ	47
Appendix-Tabelle 10: Senkung der kinderspezifischen Armutsgefährdung.....	48

1 Einleitung – Fragestellung und Ausgangssituation

Österreich weist im europäischen Vergleich nach wie vor eine geringe Armutsgefährdungsquote aus und liegt hier an neunter Stelle, also am Übergang vom unteren zum mittleren Drittel der EU-28. Dennoch weist Österreich – trotz einiger gegensteuernder Maßnahmen – bei Mehrkindfamilien ab drei Kindern eine erkennbar erhöhte Armutsgefährdung aus. Die Kinderarmut nach Geschwisterzahl bzw. die Armutsgefährdung nach Anzahl der familienbeihilfeanspruchsgenerierenden Kinder im Haushalt ist überaus stark ansteigend. Obwohl dies auch in einigen anderen europäischen Ländern zu sehen ist, stellt sich die Frage nach der diesbezüglichen Effektivität der österreichischen Familientransfers, insbesondere der darin enthaltenen Mehrkindstaffeln.

Die vorliegende Studie stellt das vierte Modul der Wirkungsanalyse der familienpolitischen Leistungen in Österreich¹ dar. Sie prüft die Effektivität der geltenden Maßnahmen, indem die relevanten Arten der Armutsgefährdung von Familien bzw. von Kindern anhand generalisiert-linearer Regressionen als Funktion der Familienstruktur und der relevanten Einkommenskomponenten modelliert werden. Die so identifizierten Schätzgleichungen werden in einem zweiten Schritt dazu verwendet, hypothetische Variationen der kinderzahlrelevanten Transferkomponenten bei konstanten sonstigen Einkommen und fixer Familienstruktur zu simulieren.

Die Studie prüft die Effektivität bestehender und erweiterter kinderzahlorientierter Transferkomponenten hinsichtlich des Potentials der Reduktion der monetären Armutsgefährdung. Gleichzeitig vergleicht sie diese schließlich mit unterschiedlichen Formen der subjektiv empfundenen Armutsgefährdung. Verlaufen monetäre Armutsgefährdung und subjektiv empfundene Armutsgefährdung im Gleichklang? Können sie durch ein und dieselbe Transferkomponente im gleichen Ausmaß gelindert werden? Wenn nein, welche der unterschiedlichen Modelle der Armutsgefährdung reagiert in welchem Bereich elastischer auf eine Variation der kinderzahlorientierten Transferkomponenten?

Im folgenden Kapitel wird dargestellt, wo sich Österreich hinsichtlich der Armutsgefährdung im europäischen Umfeld verorten kann. Anschließend wird die Armutsgefährdung nach der Kinderzahl detailliert erfasst und ausgewiesen. Armutsgefährdung ist aber in mehreren Dimensionen vorhanden. Die untersuchten familienpolitischen Maßnahmen wirken auf diese Dimensionen der Armutsgefährdung in unterschiedlichem Ausmaß. Um sowohl den Gesamteffekt, als auch die Einzeleffekte auf diese Dimensionen der Armutsgefährdung veranschaulichen zu können, wird eine eigene analytische Methode angewandt und deren Ergebnisse einfach fassbar dargestellt. Anhand dieser Methode können die Elastizitäten der monetären Armutsgefährdung sowie die der subjektiv erfahrenen Armut nach Einführung oder Variation einer Transferkomponente ausgewiesen und verglichen werden.

¹ siehe Rille-Pfeiffer et.al. (2014)

2 Armutsgefährdung im europäischen Vergleich

Bevor die Effekte der reformierten Familienbeihilfe – samt Mehrkindzuschlag, der in seiner bisherigen Form beibehalten wurde – auf die Einkommensverteilung und somit auch auf die Armutsgefährdung untersucht werden können, gilt es, die Positionierung und Entwicklung Österreichs in den diesbezüglichen Indikatorengruppen zu veranschaulichen. Hierfür werden einerseits Berichte der EUROSTAT, der UNICEF sowie der OECD herangezogen, andererseits werden Statistiken direkt via strukturierter Datenbankabfragen aus den Datenkörpern dieser Institutionen erstellt und ausgewertet.

2.1 Die rein einkommensbezogene Armutsgefährdung

Im europäischen Vergleich nahm Österreich jahrelang eine vergleichsweise günstige Position ein. Die via EU-SILC festgestellte Armutsgefährdungsquote (AGQ) war deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Auch die sogenannte Armutsgefährdungslücke (AGL), also der Einkommensanteil, der zur Erreichung der Armutsgefährdungsschwelle fehlt, war vergleichsweise gering.

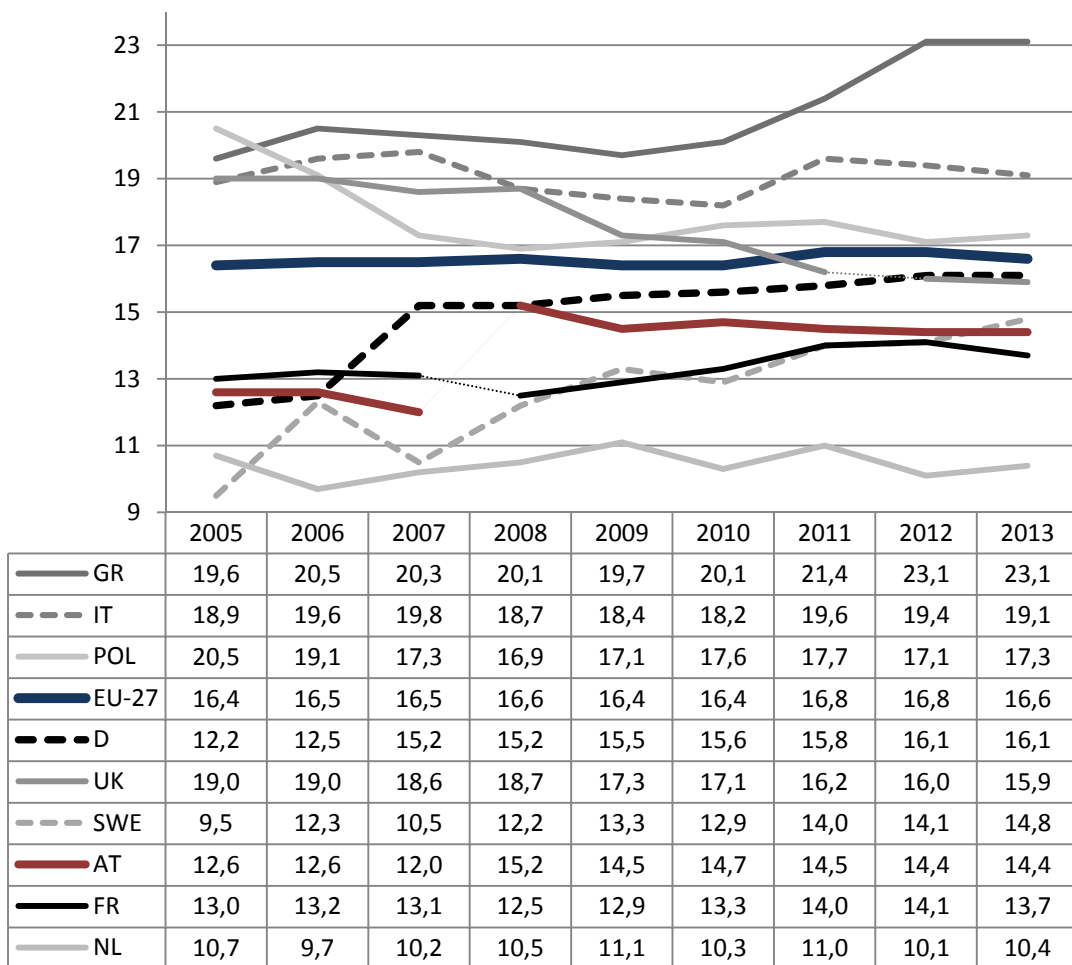
Seit 2009, beginnend mit der weltweiten Wirtschaftskrise, weiteten sich die Armutsgefährdungsquoten und vor allem die Armutsgefährdungslücken in vielen EU-Ländern beträchtlich aus. Auch in Österreich ist es scheinbar zu diesem Effekt gekommen. Lag die erstmals 2003 nach EU-SILC bemessene allgemeine Armutsgefährdungsquote in Österreich bei 13,2%, sank sie bis 2007 kontinuierlich auf 12,0% ab. Seit 2008 weist Österreich jedoch – aus heutiger Sicht – weit höhere Werte aus. Dies ist jedoch nicht ausschließlich auf eine verschlechterte Einkommensposition der Haushalte in den niedrigeren Einkommenssegmenten zurückzuführen, sondern in erster Linie auf die Umstellung des österreichischen EU-SILC auf Verwaltungsdaten aus dem Bereich der Sozialversicherungen sowie der Lohnsteuerstatistik. Diese Umstellung begann mit dem EU-SILC 2011 und betraf die Erwerbseinkommen sämtlicher unselbstständig Erwerbstätiger als auch der Pensionisten. Es war schon zuvor klar erkennbar, dass die von den RespondentInnen mitgeteilten Einkommenshöhen eine starke Tendenz zur Mitte hatten. Gutverdienende gaben tendenziell geringere Einkünfte an, Personen mit geringem Erwerbseinkommen eher höhere. Auch musste davon ausgegangen werden, dass potentielle RespondentInnen an den Enden der Einkommensverteilung eher eine Befragung ablehnen, als Einkommensbezieher im mittleren Bereich. Dies beeinflusste zwar weniger den daraus errechneten Einkommensmedian, die Einkommensstreuung wurde im alten EU-SILC jedoch deutlich untererfasst. Zwar war dieses Phänomen hinlänglich bekannt², die effektiven Auswirkungen auf die jeweiligen Armutsgefährdungsquoten und –lücken konnte jedoch noch nicht abgeschätzt werden.

Mit der Einführung der verwaltungsdatengestützten Einkommenserhebung im Rahmen des neuen EU-SILC wurde ersichtlich, dass die Armutsgefährdung 2010 bei 14,7% lag. Die Rückrechnung auf 2008 ergab sogar eine rein monetäre Armutsgefährdungsquote von 15,2%.

² siehe Neuwirth et.al. (2010) Tatra.at; insb. Kapitel 6.3

Dieser Wert nimmt jedoch ähnlich kontinuierlich ab, wie die alte Armutsgefährdungsquote 2003-2007. Dennoch ist anzumerken, dass in anderen Ländern wie Frankreich oder Großbritannien, wo etwa zur gleichen Zeit auf verwaltungsdatenbasierte Erhebungsmethoden umgestellt wurde, weit geringere Änderungen in den Ergebnissen zu verzeichnen waren. Abgesehen von dem Erhebungsbruch ist jedoch erkennbar, dass die Armutsgefährdung in Österreich weit geringere Variationen aufweist, als in den meisten anderen europäischen Ländern (Abbildung 1). Für 2014 schätzt die Statistik Austria derzeit eine monetäre Armutsgefährdungsquote von 14,1%³.

Abbildung 1: Entwicklung der einkommensbasierten Armutsgefährdungsquoten; 2005-2013



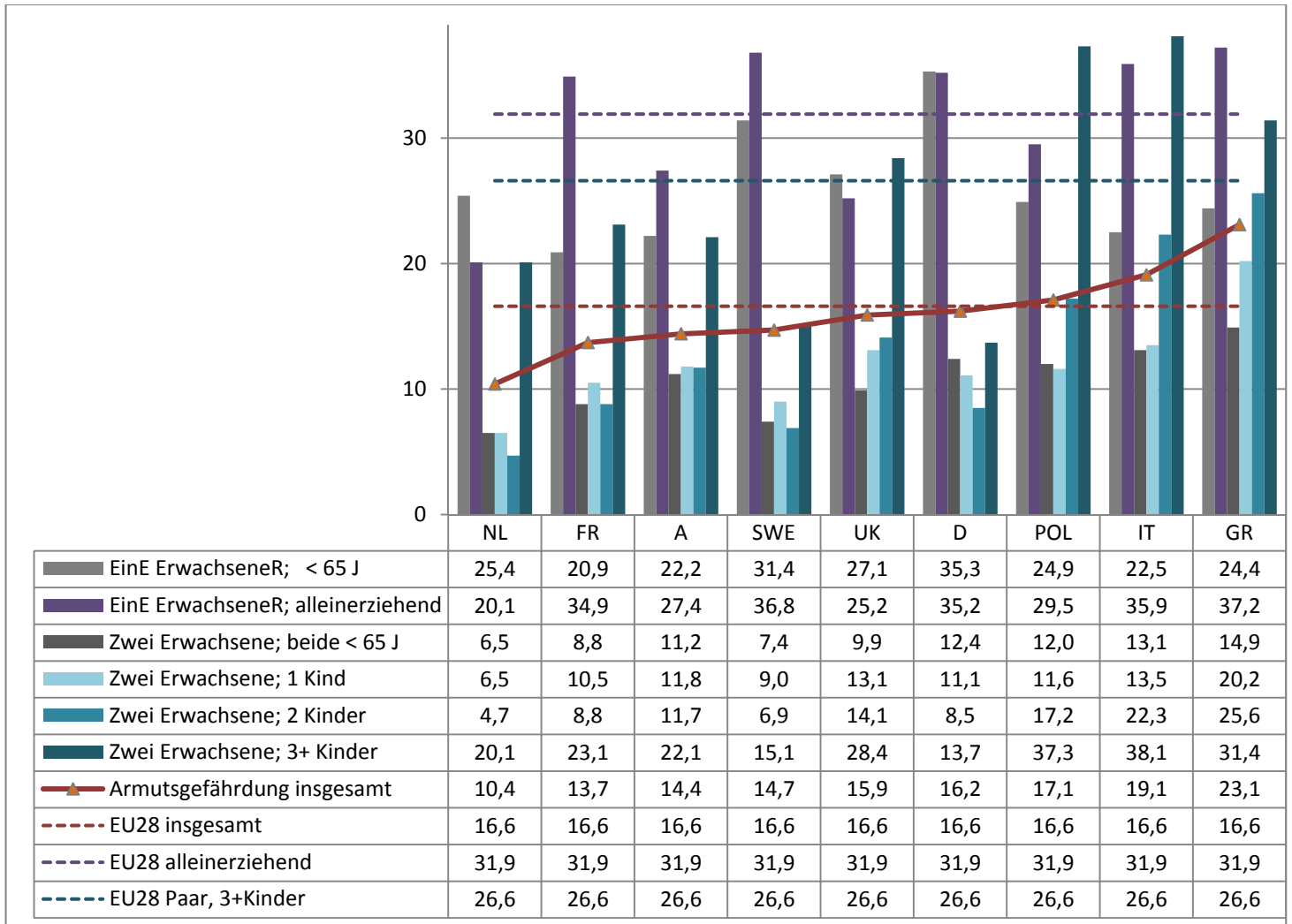
Quelle: EUROSTAT; DB-Segment: [ilc_li02]; Ausgewählte EU-Länder; Abfrage vom 9.1.2015
 Armutsgefährdungsschwelle bei 60% des gewichteten Medianeinkommens;
 Länder angeordnet nach Armutsgefährdungsquoten 2013
 Angaben in Prozent

Es ist aber erkennbar und nicht weiter verwunderlich, dass in so gut wie allen europäischen Ländern die Armutsgefährdung in Alleinerzieherhaushalten weit höher als in der Gesamtbevölkerung ausfällt (Abbildung 2). Unter den gewählten Ländern erstaunt allerdings, dass gerade in Schweden, Deutschland und Frankreich die Armutsgefährdungsquote dieser Fami-

³ Stand: 15. Februar 2015

lienform deutlich über dem gesamteuropäischen Durchschnitt zu liegen kommt⁴. Ebenfalls in allen Ländern erkennbar ist die höhere Armutsgefährdung von Paar-Haushalten mit zumindest drei Kindern. In Deutschland und Schweden liegen diese Familienhaushalte jedoch noch an bzw. unter der nationalen AGQ, während Haushalte mit zumindest drei Kindern in den anderen EU-Ländern erkennbar überdurchschnittliche Quoten ausweisen.

Abbildung 2: Einkommensbasierte Armutsgefährdung nach Haushaltstypen, 2013



Quelle: EUROSTAT; DB-Segment: [ilc_li03]; Ausgewählte EU-Länder; Abfrage vom 1.3.2015
 Armutsgefährdungsschwelle bei 60% des gewichteten Medianeinkommens;
 Länder angeordnet nach Armutsgefährdungsquoten 2013
 Angaben in Prozent

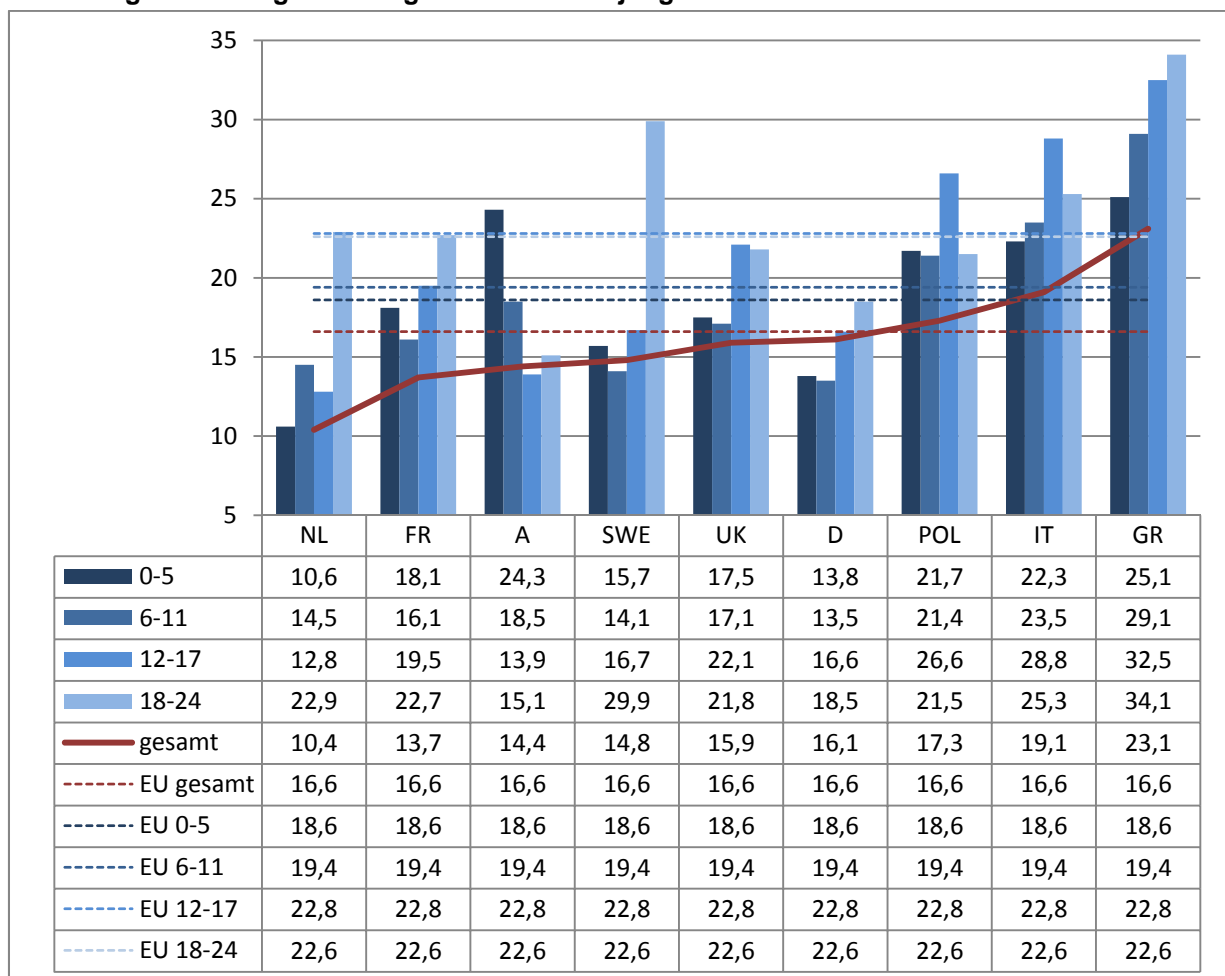
Dies ist auch für Österreich der Fall. Detaillierte Analysen zeigen, dass nicht nur bei Paar-Familien mit zumindest drei Kindern, sondern vor allem bei Ein-Eltern-Familien mit mehreren Kindern sowohl AGQ als auch AGL deutlich nach oben abweichen. In dieser Hinsicht ist es ratsam – unabhängig davon, dass im Gesamtvergleich mit den EU-28 die Armutsgefährdung von österreichischen Familien mit mehreren Kindern noch immer etwas besser ausfällt – diese Familienformen vermehrt zu fördern. Sowohl die Bereitstellung altersspezifischer kostengünstiger Kinderbetreuung, u.a. zur Ausweitung der Erwerbsspartizipationsmöglichkeiten,

⁴ Die Kaufkraft der Ein-Eltern-Haushalte dieser drei Länder liegt aber dennoch erkennbar über der des gesamteuropäischen Durchschnitts dieser Familienform.

als auch die verstärkte Berücksichtigung kinderreicher Haushalte bei Familien- und/oder Sozialtransfers sind hier mögliche Wege zum substantiellen Abbau der Armutsgefährdung kinderreicher Familien. Gerade dieser Gruppe sollte gesondertes Augenmerk gewidmet werden. Schließlich können gerade die mit Einkommensarmut verbundenen Konsequenzen (Stichwort: Chancenverlust) für Kinder weit schwerwiegender sein als für Erwachsene, und bei Mehrkindfamilien trifft dies gleich mehrfach zu.

Insbesondere ist es wichtig zu erfassen, in welchen Altersphasen der Kinder erhöhte Armutsgefährdung besteht. Hier zeigt sich für Österreich ein klares Bild: vor allem Kleinkinder sowie Kinder in der Elementarbildungsphase sind – selbst im EU-28-Vergleich – erkennbar höher armutsgefährdet. Jede vierte Person in einem Haushalt mit einem noch nicht schulpflichtigen Kind ist betroffen. Die EU-weite Quote liegt unter 19%. In allen andern Altersklassen liegen österreichische Haushalte mit Kindern zwar unter den EU-weiten Vergleichswerten, es ist jedoch anzumerken, dass Personen, die mit Kindern in einem Haushalt leben, über der allgemeinen nationalen Armutsgefährdungsquote liegen. Lediglich Familien mit einem jüngsten Kind im Alter von 12-17 Jahren weisen eine knapp niedrigere Quote aus (Abbildung 3).

Abbildung 3: Armutsgefährdung nach Alter des jüngsten Kindes



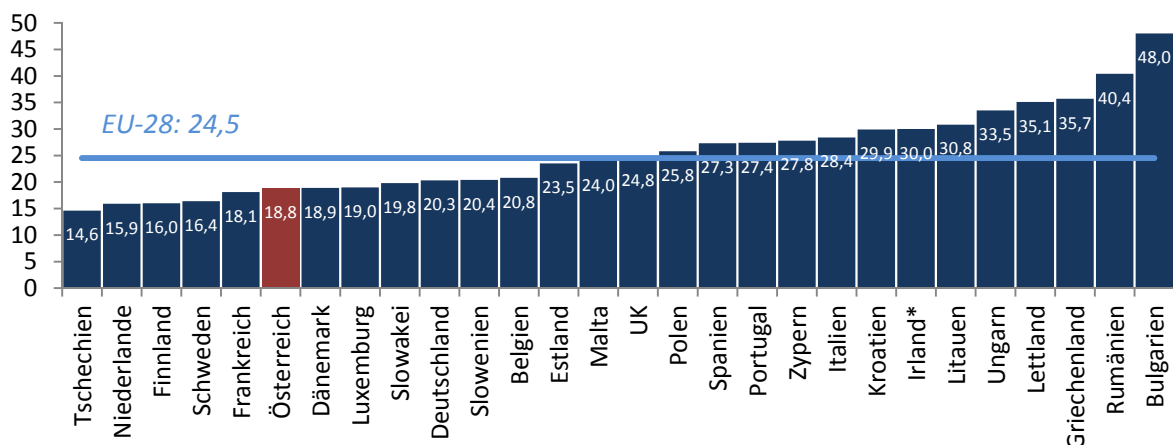
Quelle: EUROSTAT; DB-Segment: [ilc_li02]; Ausgewählte EU-Länder; Abfrage vom 9.1.2015
 Armutsgefährdungsschwelle bei 60% des gewichteten Medianeinkommens
 Länder angeordnet nach Armutsgefährdungsquoten 2013
 Angaben in Prozent

2.2 Einkommensarmut und materieller Mangel

Geld ist jedoch nicht alles. Zusätzlich erheben die Mitgliedsländer der Europäischen Union auch die materielle Deprivation der Haushalte bzw. der Personen. Bei Personen, die unter erheblicher materieller Deprivation leiden, sind die Lebensbedingungen aufgrund fehlender Mittel stark eingeschränkt. Sie sind bzw. waren innerhalb der letzten 12 Monate nicht in der Lage, für mindestens sechs der folgenden neun Ausgabenbereiche aufzukommen:

1. Miete und Versorgungsleistungen,
2. angemessene Beheizung der Wohnung,
3. unerwartete Ausgaben,
4. jeden zweiten Tag eine Mahlzeit mit Fleisch, Fisch oder gleichwertiger Proteinzufuhr,
5. einen einwöchigen Urlaub an einem anderen Ort,
6. ein Auto,
7. eine Waschmaschine,
8. einen Farbfernseher,
9. ein Telefon.

Abbildung 4: EU-28: Erweiterte Armutsgefährdung 2013

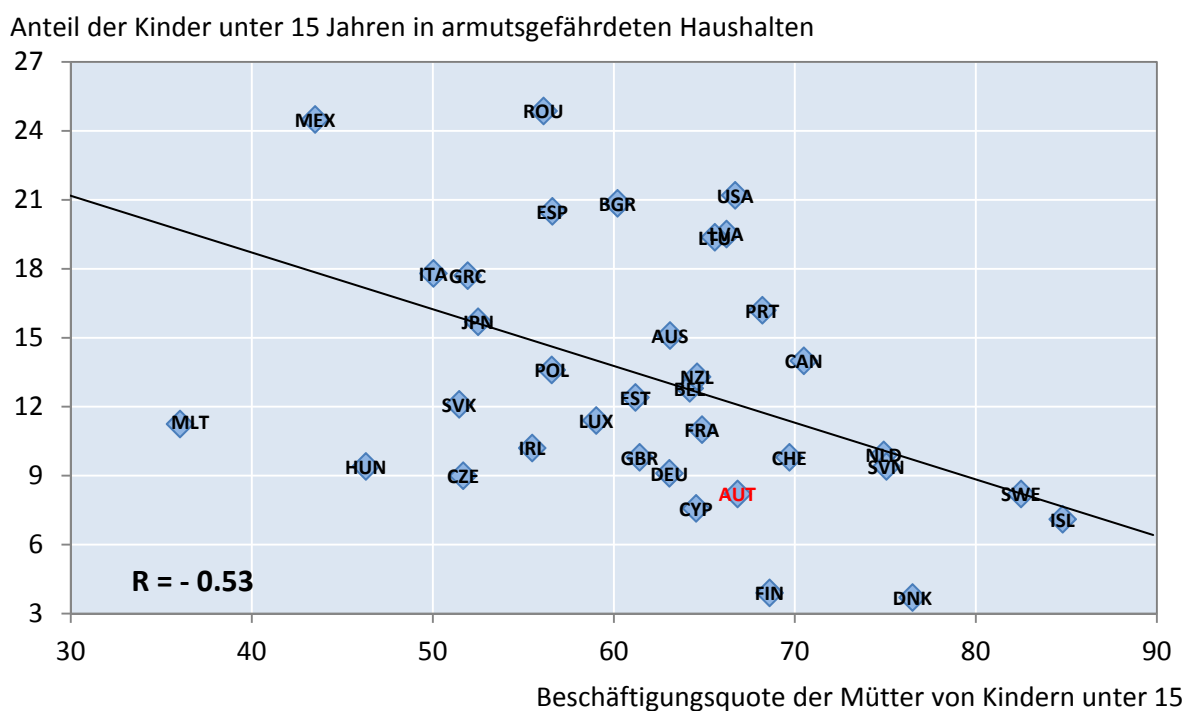


Quelle: EUROSTAT; Bezugsjahr: 2013 (*2012); DB-Segment: [ilc_peps01]
 Armutsgefährdungsschwelle bei 60% des gewichteten Medianeinkommens
 i.V.m. Armutsgefährdung aufgrund materieller Deprivation
 Abfrage vom 24.11.2014

Wenn also zumindest sechs dieser Positionen nicht leistbar sind, gilt der Haushalt als armutsgefährdet, auch wenn die Einkommensposition über der Armutsschwelle liegt. Für Österreich kommen so – lt. Vorgaben von EUROSTAT – zusätzlich 4,4% der Bevölkerung in den armutsgefährdeten Bereich, sodass die allgemeine Armutsgefährdungsquote in Österreich bei 18,8% zwar noch immer deutlich unter dem EU-28-Schnitt (24,5%) liegt, die Gesamtzahl von 1,57 Mio. Armutsgefährdeten aber inzwischen eine beträchtliche Größe darstellt (vgl. Abbildung 4). Einzelne Länder, wie z.B. Schweden (+1,6%) erfahren durch die Hinzunahme der Indikatoren materieller Deprivation nur eine geringe Ausweitung der allgemeinen Armutsgefährdung, während die EU-weite Zunahme bei gut 8% liegt.

In so gut wie allen Ländern der EU weisen Pensionistenhaushalte höhere Armutsgefährdungen auf als Haushalte im Haupterwerbsalter, d.h. die Pensionistenhaushalte heben die Armutsgefährdungsquoten. Dennoch sind – schon rein statistisch betrachtet – Kinder eine zusätzliche Armutsgefährdungsquelle. Die Armutsgefährdungsquoten liegen aus Kindersicht⁵ in vielen EU-Ländern unter der allgemeinen Armutsgefährdung, da sie beinahe ausnahmslos in Haushalten leben, deren Hauptverdiener im Erwerbsalter sind. Mit der Erwerbspartizipationsquote der Mütter fällt grundsätzlich – so die Überzeugung zahlreicher Analysten – die Armutsgefährdung der Kinder. Dies wird u.a. im Kapitel „Child Poverty“ der OECD- Family-Database recht deutlich veranschaulicht (Abbildung 5). Solche Korrelationen auf Länderebene sind zwar nicht unproblematisch, dennoch lässt sich dieser Zusammenhang auch innerhalb der beobachteten Länder zumeist gut nachvollziehen.

Abbildung 5: Armutsgefährdung von Kindern und Müttererwerbstätigkeit

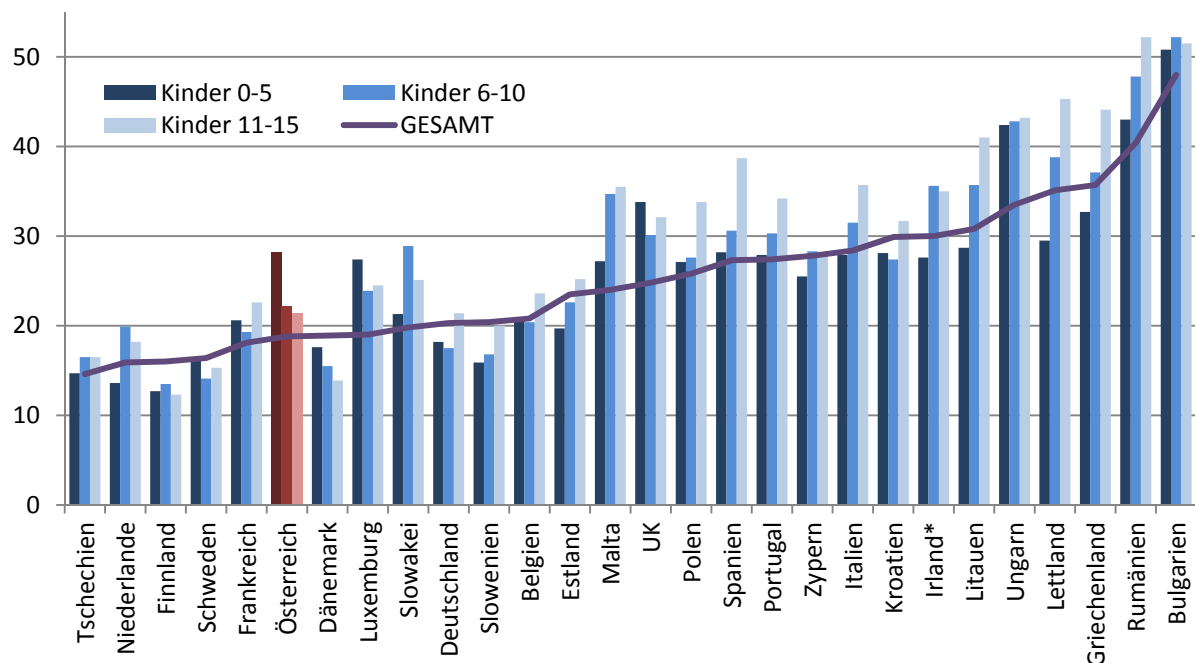


Quelle: OECD- Family Database; Segment CO 2.2 „Child Poverty“; Abfrage vom 12.12.2014
 Anm: hier wird die einkommensbasierte Armutsgefährdung bei 50% des Medians angesetzt

Vor allem aufgrund geringerer Müttererwerbstätigkeit in der vorschulischen Phase weist die Armutsgefährdung von Kindern dieser Altersklasse in Österreich ein deutlich höheres Level (28,2%) aus, als für die Gesamtbevölkerung (18,8%) feststellbar ist. Ähnlich eindeutige Differenzen sind nur noch für Großbritannien, Ungarn und Luxemburg feststellbar (Abbildung 6). Damit liegt Österreich zwar hinsichtlich der allgemeinen Armutsgefährdung am sechstbesten Platz (Abbildung 4), würde man die Reihenfolge aber nach der Armutsgefährdung der Kinder im vorschulischen Alter ordnen, wäre Österreich weit abgeschlagen neben Kroatien und Spanien an neuntletzter Stelle. Auch Kinder höherer Altersklassen weisen in Österreich eine überdurchschnittliche Armutsgefährdung aus (Abbildung 6).

⁵ Kinder werden nach EUROSTAT im Alter 0-15 angesetzt. Personen ab 16 Jahren werden als junge Erwachsene kategorisiert.

Abbildung 6: Armutsbedrohte Kinder; nach Altersgruppen



Quelle: EUROSTAT; Bezugsjahr: 2013 (*2012); Abfrage vom 24.11.2014 (DB-Segment: [ilc_peps01]; Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Bevölkerung)

2.3 Materielle Kinderarmut und Mangel an Verwirklichungschancen

Die UNICEF erweiterte die Kriterien der Armutsgefährdung der Kinder in ihren Berichten noch weiter um Indikatorgruppen für

- Gesundheit und Sicherheit⁶,
- Bildung⁷,
- Risikoverhalten⁸ sowie
- Wohnen und Wohnumgebung⁹.

Damit wird versucht, die Lebenssituation der Kinder und Jugendlichen möglichst umfassend darzustellen. Die Indikatoren hierfür stammten aus unterschiedlichen international harmonisierten Erhebungsprogrammen und amtlichen Statistiken. Mitunter werden stattdessen aber auch Items aus entsprechenden nationalen Erhebungen ex-post harmonisiert und eingefügt. Auch beziehen sich die Indikatoren nicht auf ein und dasselbe Erhebungsjahr, sondern wer-

⁶ z.B. Säuglingssterblichkeit, Impfraten, Überlebenswahrscheinlichkeit bis 18

⁷ z.B. Lese- und Rechenkompetenz, naturwissenschaftliches Verständnis mit 15; Jugendliche im Alter von 15-19, die weder in Ausbildung noch in Erwerb stehen; Anteil der Jugendlichen in postsekundärer und tertiärer Ausbildung; Anteil von Jugendlichen in Hilfsarbeiterjobs

⁸ z.B. Anteil der Kinder, die im Alter von 11, 13 bzw. 15 regelmäßig Zigaretten rauchen; Teenagerschwangerschaften; Anteil der Kinder (11,13,15), die innerhalb der letzten 12 Monate in tätliche Auseinandersetzungen involviert waren

⁹ z.B. Wohnfläche/Person, eigenes Zimmer für Kind, Sicherheit der Umgebung, Umweltbelastung im Wohnbereich, Infrastrukturanbindung

den über jeweils fünf Jahre gesammelt. Die so gewonnenen Werte und Rankings sind demnach nur beschränkt vergleichbar, eine tiefergehende Analyse dieser Indikatorgruppen ist also erwartungsgemäß wenig ergiebig. So beschränkt sich auch die Berechnung der Länder-Rankings letztlich auf das einfache arithmetische Mittel der fünf beobachteten Dimensionen von Armutsindikatoren und Gefährdungsrisiken. Dennoch wurden die UNICEF-Rankings zu einem Standardinstrument des internationalen Vergleichs von Kinderarmut und dessen Komponenten.

Tabelle 1: Länderrankings nach der integrierten Kindeswohlfahrt, UNICEF 2013

		Overall well-being	Dimension 1	Dimension 2	Dimension 3	Dimension 4	Dimension 5
		Average rank (all 5 dimensions)	Material well-being	Health and safety	Education	Behaviours and risks	Housing and environment
			(rank)	(rank)	(rank)	(rank)	(rank)
1	Netherlands	2.4	1	5	1	1	4
2	Norway	4.6	3	7	6	4	3
3	Iceland	5	4	1	10	3	7
4	Finland	5.4	2	3	4	12	6
5	Sweden	6.2	5	2	11	5	8
6	Germany	9	11	12	3	6	13
7	Luxembourg	9.2	6	4	22	9	5
8	Switzerland	9.6	9	11	16	11	1
9	Belgium	11.2	13	13	2	14	14
10	Ireland	11.6	17	15	17	7	2
11	Denmark	11.8	12	23	7	2	15
12	Slovenia	12	8	6	5	21	20
13	France	12.8	10	10	15	13	16
14	Czech Republic	15.2	16	8	12	22	18
15	Portugal	15.6	21	14	18	8	17
16	United Kingdom	15.8	14	16	24	15	10
17	Canada	16.6	15	27	14	16	11
18	Austria	17	7	26	23	17	12
19	Spain	17.6	24	9	26	20	9
20	Hungary	18.4	18	20	8	24	22
21	Poland	18.8	22	18	9	19	26
22	Italy	19.2	23	17	25	10	21
23	Estonia	20.8	19	22	13	26	24
23	Slovakia	20.8	25	21	21	18	19
25	Greece	23.4	20	19	28	25	25
26	United States	24.8	26	25	27	23	23
27	Lithuania	25.2	27	24	19	29	27
28	Latvia	26.4	28	28	20	28	28
29	Romania	28.6	29	29	29	27	29

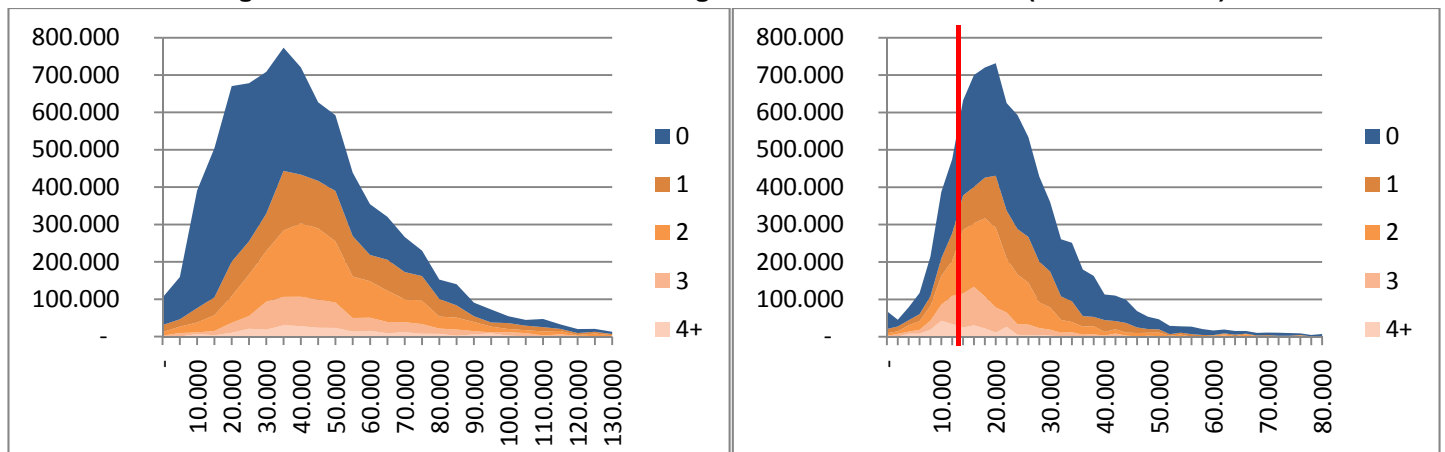
Quelle: UNICEF 2013; Seite 2
Child Well-Being in Rich Countries

Österreich nimmt in der umfassenden Analyse der integrierten Kindeswohlfahrt eine Position im unteren Bereich des zweiten Drittels der analysierten „reichen Länder“ ein. Insbesondere im Bereich Gesundheit und soziale Sicherheit sowie im Bildungsbereich weist Österreich nach diesen Berechnungen Aufholbedarf aus, beim materiellen Wohlfahrtsniveau seiner Kinder wird Österreich aber deutlich besser eingestuft (Tabelle 1).

3 Armutsgefährdung österreichischer Familien

Wie oben dargelegt, ist Armut und Armutsgefährdung also nicht ausschließlich einkommensabhängig. Dennoch sind die vergleichsweise weichen Zusatzindikatoren der erweiterten Armutsgefährdung über den Zeitablauf volatiler als die Einkommensposition der Familienhaushalte. Um die Armutsgefährdung der österreichischen Familien bzw. der Kinder in Mehrkinderhaushalten in ihren Komponenten ausweisen und weiter behandeln zu können, ist es notwendig, vorerst von der reinen einkommensbedingten Armutsgefährdung auszugehen sowie analytisch wiederholt zu dieser zurückzukehren.

Abbildung 7: Haushaltseinkommensverteilung in EUR nach Kinderzahl (Personensicht)



Datenquelle: EU-SILC 2011-2013; Eigene Berechnungen
n= 41.093 Personenbefragungen

(a) Verteilung der verfügbaren Haushaltseinkommen/Jahr (links)

(b) Verteilung der Jahresäquivalenzeinkommen (rot: Armutsschwelle bei 13.202,-)

Die rein einkommensbedingte Armutsgefährdung ist aufgrund ihrer Definition eher ein statistisches Streuungs- denn ein Lagemaß. Somit ist es notwendig, die diesem Streuungsmaß zugrundeliegende Verteilung der gewichteten Haushaltseinkommen nach Kinderzahl¹⁰ vorab zu veranschaulichen (Abbildung 7).

Es ist einerseits erkennbar, dass die Verteilung der verfügbaren Haushaltseinkommen¹¹ einerseits noch verhältnismäßig breit ausfällt und dass kinderlose Haushalte – vor allem Pensionistenhaushalte – vermehrt in der unteren Hälfte der Einkommensverteilung anzutreffen sind (Abbildung 7, links). Familienhaushalte streuen um ein Durchschnittseinkommen (Median) von € 47.800,- während kinderlose Haushalte nur durchschnittlich € 33.600,- ausweisen.¹²

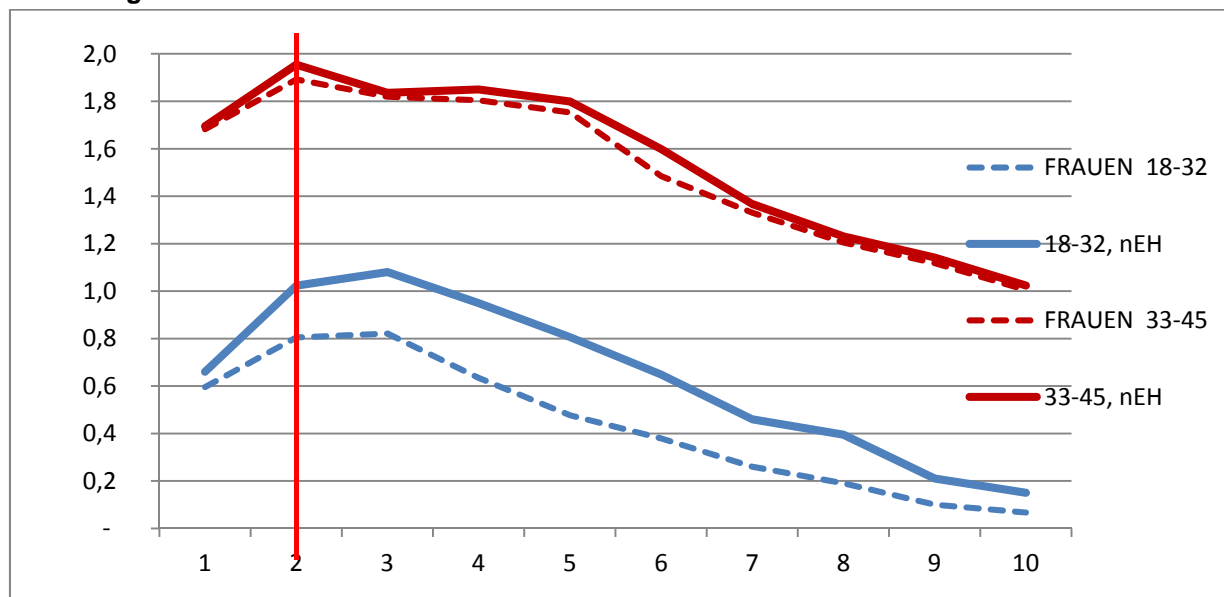
¹⁰ Die folgenden Aufstellungen bezeichnen mit „Kindern“ Personen, die nach geltender Fassung des FLAG Anspruch auf Familienbeihilfe haben.

¹¹ Gemäß der Definition der Armutsgefährdung wird auch hier die Personensicht hinsichtlich der Haushaltseinkommen angewandt. Somit lebt z.B. die größte Personengruppe in Haushalten mit einem Haushaltseinkommen zwischen € 35.000,- und 40.000,-.

¹² vgl. auch Appendix-Tabelle 3

Die Verteilung der nach Personenzahl gewichteten Haushaltseinkommen (Äquivalenzeinkommen) zeigt eine deutlich verschobene Verteilung (Abbildung 7, rechts). Während die Haushaltsäquivalenzeinkommen der Personen, die in kinderlosen Haushalten leben, viel stärker im oberen Verteilungsdrittel vertreten sind als bei den ungewichteten Einkommen, wandern Haushalte mit mehreren Kindern deutlich in die niedrigeren Einkommensklassen. Somit liegt der Median der Personen ohne Kinder im Haushalt mit ca. 23.800,- bereits über dem der Personen mit Kindern (21.100,-). Nach Kinderzahl differenziert ist gut erkennbar, wie schnell die mittleren Äquivalenzeinkommen fallen bzw. der Armutsgefährdungsanteil der kinderreichen Haushalte steigt¹³.

Abbildung 8: Durchschnittliche Kinderzahl von Frauen nach Einkommensdezilen



Datenquelle: EU-SILC 2011-2013; Eigene Berechnungen;
 n= 5.807 Befragungen von Frauen (18 – 45)
 nach Dezilgruppen der Erhebungsjahre
 (nEH= nicht im elterlichen Haushalt)

Auch die umgekehrte Sichtweise auf Kinderzahl und Einkommensposition ist vorab angebracht. Nimmt man als Referenzpersonen ausschließlich Frauen, geordnet nach Dezilen der Äquivalenzeinkommen, so ist erkennbar, dass die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau der wichtigsten Altersklasse¹⁴ 33-45 in der Dezilgruppe 2 mit durchschnittlich 1,95 Kindern pro Frau ihr Maximum findet. Aus der Armutsgefährdungsquote von 14,5% folgt jedoch, dass sich etwa die Hälfte der Haushalte in Dezilgruppe 2 noch unter der Armutsgefährdungsschwelle befindet. Mit höherem Äquivalenzeinkommen nimmt die Kinderzahl ab – bei jüngeren wie älteren Frauen (Abbildung 8). Diese Relation ist zwar durch die Berechnungsweise der Äquivalenzeinkommen endogen bedingt¹⁵, entspricht jedoch ansatzweise der personenzahlbedingten Kostenstruktur der Haushalte.

¹³ Detaillierte Aufstellung in Appendix-Tabelle 3.

¹⁴ Diese Altersklasse ist deshalb von zentraler Bedeutung, als dass Frauen in diesem Lebensabschnitt die meisten ihrer Kinder bereits geboren haben und die wenigsten Kinder bereits wieder ausgezogen sind.

¹⁵ Vgl. Appendix-Abbildung 2: anhand ungewichteter Haushaltseinkommen ist die Relation zur Kinderzahl gegenläufig.

Letztlich ist jedoch die Armutsgefährdung der Kinder und Jugendlichen selbst von zentraler Bedeutung. Hier ist erkennbar, dass – aus Kindersicht – die Lagemaße der gewichteten Einkommen der Haushalte mit der Kinderzahl zwar geringer ausfallen, aber weniger deutlich zurückgehen, als aus allgemeiner Personensicht – die anfangs divergenten Werte konvergieren zunehmend¹⁶.

Tabelle 2: Äquivalenzeinkommen nach Personen- und Kindersicht

Kinder im Haushalt		0	1	2	3	4+
Personensicht	Perzentil 10	9.210,00	9.680,00	9.760,00	9.040,00	7.550,00
	Perzentil 25	16.910,00	17.920,00	16.000,00	14.170,00	11.510,00
	Median	23.840,00	24.110,00	20.490,00	17.810,00	15.440,00
	Perzentil 75	32.110,00	30.660,00	26.010,00	22.570,00	20.400,00
	Perzentil 90	51.080,00	46.790,00	41.360,00	35.860,00	30.460,00
Kindersicht	Perzentil 10		7.900,00	9.280,00	8.370,00	7.550,00
	Perzentil 25		16.860,00	15.760,00	14.020,00	11.470,00
	Median		23.180,00	20.340,00	17.700,00	15.090,00
	Perzentil 75		30.200,00	25.870,00	22.190,00	19.660,00
	Perzentil 90		46.520,00	40.450,00	35.200,00	30.460,00

*Datenquelle: EU-SILC 2011-2013; Eigene Berechnungen
n= 41.093 Personenbefragungen
9.995 FBH-berechtigte Kinder*

Der Grund für die Konvergenz ist eindeutig: Der Anteil der Kinder in Mehrkinderhaushalten ist höher. So wird der entsprechende Einkommensausweis eines spezifischen Haushalts mit einem Kind nach Personensicht zumeist dreimal (zwei Erwachsene, ein Kind), nach Kindersicht jedoch nur einmal gezählt. Bei Haushalten mit vier Kindern beträgt dieses Verhältnis zumeist 6:4, d.h. die Ergebnisse aus Personen- und Kindersicht nähern sich somit der Kinderzahl an (Tabelle 2).

Weniger eindeutig ist der Grund für die anfänglich deutlicher erkennbaren Differenzen. Bereits bei den ungewichteten Haushaltseinkünften sind deutliche Unterschiede erkennbar. V.a. Ein-Eltern-Haushalte befinden sich mehrheitlich im unteren Einkommenssegment. Das relative Gewicht von Kindern in Ein-Eltern-Haushalten ist höher (1:1 in Ein-Kind-Haushalten gegen 2:1 in Paar-Haushalten mit einem Kind), somit ziehen diese Kinder die Lagemaße der Haushaltseinkommen aus Kindersicht nach unten. Die sich daraus ergebende Differenz wird durch Verwendung von Äquivalenzeinkommen zwar gedämpft, aber nicht aufgehoben. Aus diesem Grunde fällt auch die gemessene und in folgenden Statistiken wiederholt ausgewiesene durchschnittliche Armutsgefährdung aus Kindersicht höher aus, denn aus Personensicht. Die Armutsgefährdung aus Kindersicht sollte demnach mit der Geschwisterzahl aber weniger stark steigen, denn aus Personensicht. Dies ist jedoch nicht der Fall, da die relative Einkommensstreuung – v.a. aufgrund weiterer Differenzen in der Erwerbsbeteiligung der Eltern – ebenfalls zunimmt. Dies gilt nicht nur für die rein einkommensbezogene Armutsgefährdung, auch die Quoten der erweiterten Armutsgefährdung unterliegen dieser Gesetzmä-

¹⁶ Vgl. Appendix-Tabelle 3 und Appendix-Tabelle 4.

ßigkeit. Dennoch entspricht die Darstellung nach Kindersicht der sozialen Realität jedes einzelnen Kindes.

Im Folgenden werden die Armutsgefährdungsquoten nach Kinderzahl detaillierter dargestellt um das Reduktionspotential von Familientransfers ableiten und die effektive Reduktionswirkung darstellen zu können.

3.1 Armutsgefährdung nach reiner Einkommensdefinition

Wie auch bereits in Abschnitt 2.1 international vergleichend dargelegt, liegt die allgemeine einkommensbasierte Armutsgefährdung mit 14,4% vergleichsweise niedrig. Ein-Eltern-Familien weisen eine gut doppelt so hohe Armutsgefährdungsquote auf, während Paar-Familien¹⁷ mit 1-2 Kindern ähnlich unterdurchschnittliche Werte ausweisen. Die Gruppe der Paar-Familienhaushalte mit 3+ Kindern weist mit über 22% wiederum doppelt so hohe Werte aus wie die Paar-Familien mit 1-2 Kindern.¹⁸

3.1.1 Armutsgefährdungsquoten nach Kinderzahl

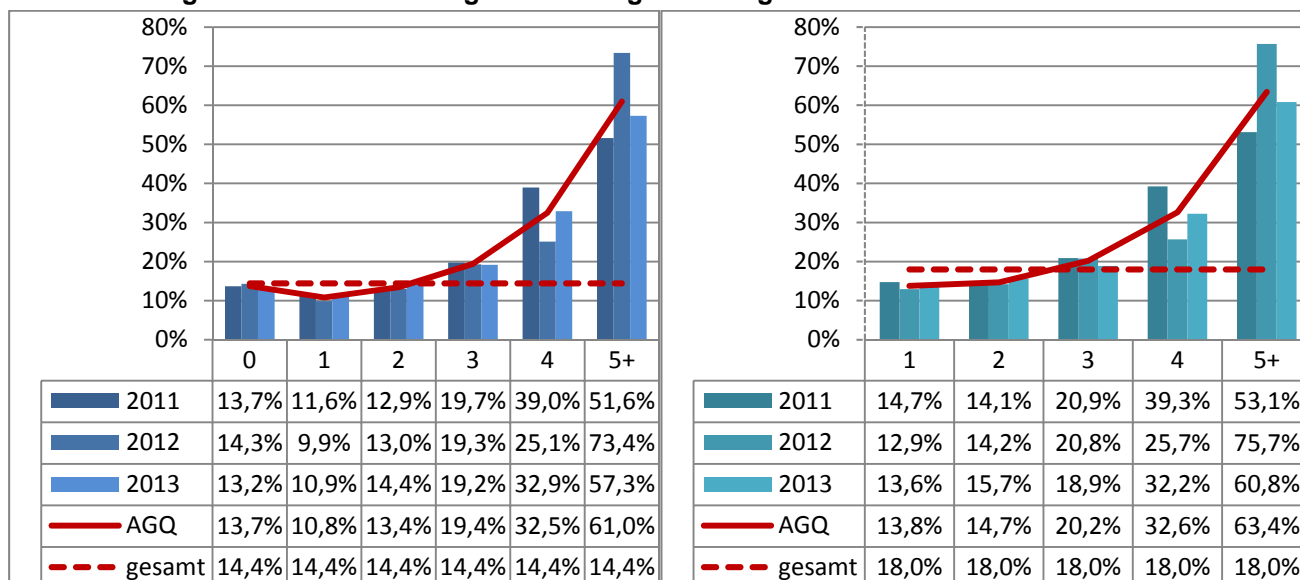
Die Kernausswertung zur durchschnittlichen Armutsgefährdung nach Kinderzahl zeigt den eindeutigen, stetigen und starken Zusammenhang von Kinderzahl und einkommensbezogener Armutsgefährdung in Österreich (Abbildung 9). Diese Darstellung differenziert zwar nicht mehr nach Anzahl der Erwachsenen im Haushalt, bietet aber dafür die Möglichkeit, weiter nach Anzahl der familienbeihilfebezugsberechtigten Kinder zu differenzieren als dies herkömmlicher Weise möglich ist. Dennoch können Einzeljahresauswertungen für Familien mit vier oder zumindest fünf Kindern mitunter bereits höchst unterschiedliche Aggregatswerte ausweisen. Aus diesem Grunde wurde der Ansatz gewählt, drei Erhebungsrunden zusammenzufassen. Die Kernausswertungen werden jedoch zu Vergleichszwecken immer auch mit den Einzeljahresergebnissen versehen. Um den Gesamtgehalt der Darstellung gut fassen zu können, wird diese erste Darstellung der Differenzen in der Armutsgefährdung im Folgenden vollständig beschrieben. Später folgende analoge Darstellungen der erweiterten Armutsgefährdung gehen nur noch auszugsweise auf wesentliche Unterschiede ein.

Insgesamt weisen die Österreicherinnen und Österreicher also eine Armutsgefährdungsquote (AGQ) von 14,4% auf (Abbildung 9, linke Grafik). Nach den über die drei Beobachtungsjahre gelegten gerechneten Durchschnittswerten pro Haushaltstyp weisen Personen in kinderlosen Haushalte mit 13,7% eine knapp unterdurchschnittliche AGQ aus, wobei Pensionistenhaushalte zum Gutteil unter der Armutsgefährdungsschwelle (AGS) liegen, kinderlose Haushalte mit dem Hauptverdiener im Erwerbssalter weisen dafür eine geringere AGQ aus.

¹⁷ Genauer: In den EUROSTAT-Auswertungen wird hier von „mindestens zwei Erwachsenen“ gesprochen. Zum Großteil sind hier Paarfamilienhaushalte zu finden.

¹⁸ vgl. Abbildung 2 für einen Vergleich ausgewählter Länder bzw. Appendix-Abbildung 1 für einen vollständigen Vergleich der EU-28.

Abbildung 9: Einkommensbezogene Armutsgefährdung nach Kinderzahl



Datenquelle: EU-SILC 2011-2013; Kinder mit FBH-Anspruch

Links: Bevölkerungssicht; Rechts: Kindersicht

n=41.093 Personen, davon 9.995 Kinder

Eigene Berechnungen

Die über die drei analysierten Erhebungswellen gemittelte Armutsgefährdung für Personen in Haushalten mit genau einem familienbeihilfebezugsberechtigtem Kind (künftig kurz: FBH-Kind) sinkt auf 10,8%, liegt also mit einer Differenz von 3,6% deutlich unter der allgemeinen AGQ¹⁹. Selbst Personen in Haushalten mit exakt zwei FBH-Kindern liegen mit 13,4% noch genau einen Prozentpunkt unter der gesamtgesellschaftlichen Quote. Im Gegensatz zur enger gehaltenen Definition lt. Eurostat – die jedoch auf Haushalte mit mindestens zwei Erwachsenen und genau zwei Kindern abzielt – ist also bereits hier eine Steigerung der AGQ gegenüber Ein-Kind-Haushalten erkennbar. Die vorliegende Definition ist aber trennscharf gemäß FLAG § 2 ausgerichtet, sodass die Effekte der analysierten Familientransfers klarer zutage treten können.

Personen in Haushalten mit exakt drei FBH-Kindern weisen mit einer AGQ von 19,4% eine bereits wesentlich höhere Armutsgefährdung aus. Gut jede fünfte Person, die in einem solchen Haushalt lebt, gilt als armutsgefährdet. Die Armutsgefährdung steigt weiter exponentiell an: Mit 4 FBH-Kindern im Haushalt beträgt die gemessene Wahrscheinlichkeit, unter der Armutsgefährdungsschwelle zu verbleiben, bereits 32,5%, Haushalte mit zumindest fünf FBH-Kindern weisen eine AGQ von 61% aus. Aufgrund des geringen Stichprobenumfangs schwanken bei diesen beiden letzten Haushaltstypen die ausgewiesenen Werte pro Jahreserhebung zwar deutlich, die mittlere Gesamtquote für diese Haushaltstypen weist aber stabile Ergebnisse aus.

Aus zuvor dargelegten Gründen fällt die generelle Armutsgefährdung von Kindern höher aus, als die sämtlicher Personen (Abbildung 9; rechte Grafik). Insgesamt leben 18% der FBH-bezugsberechtigten Kinder unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle.

¹⁹ Es sei nochmals darauf verwiesen, dass die international gültige Definition von „Kindern“ lt. EUROSTAT von der hier gebrauchten Definition gem. FLAG § 2 (1) erheblich abweicht.

Kinder, die in Haushalten leben, in denen sonst niemand mehr FBH-bezugsberechtigt ist²⁰, sind zu 13,8% armutsgefährdet.

Mit zunehmendem Abstand zur Armutsgefährdung sämtlicher Personen nach Haushaltstyp steigt auch die Armutsgefährdung der Kinder: 14,7% der Kinder in Haushalten mit exakt zwei FBH-Bezugsberechtigten sind armutsgefährdet. Bereits 20,2% der Kinder in Haushalten mit drei Kindern. Mit 32,6% Armutsgefährdung von Kindern in 4-FBH-Kinder-Haushalten liegt die AGQ fast gleichauf der Gefährdungsquote für alle Personen in solchen Haushalten. Die kinderzahlmäßig nach oben offene Haushaltsgruppe (5+ FBH-Kinder) weist mit 63,4% nach Kindersicht wieder erkennbar höhere Werte aus.

Unabhängig davon, welche Sicht eingenommen wird, bleibt es inhaltlich festzuhalten, dass in Haushalten mit vier Kindern zu knapp einem Drittel, in Haushalten mit zumindest fünf Kindern zu gut zwei Dritteln einkommensbasierte Armutsgefährdung vorherrscht.

3.1.2 Armutsgefährdungslücken der Haushaltstypen

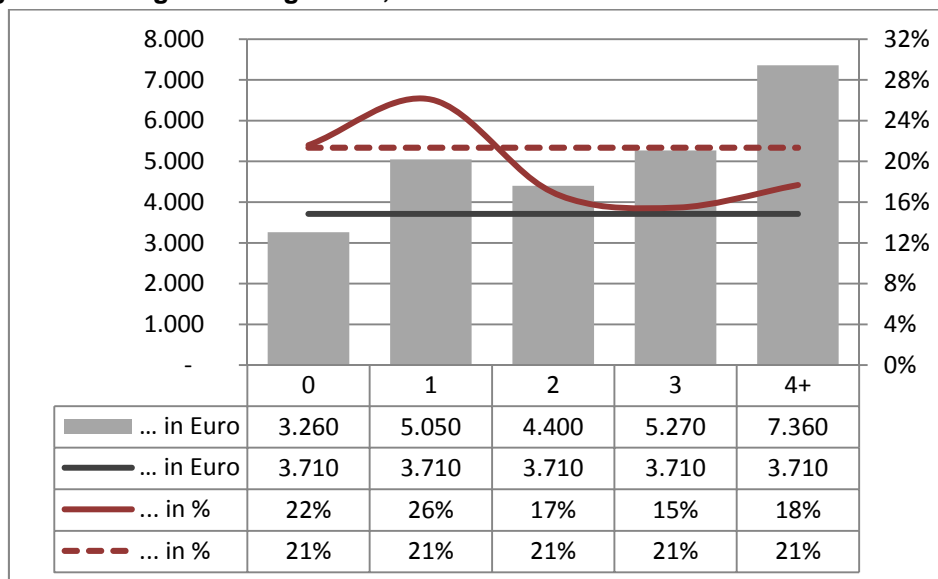
Während zuvor lediglich Anteile der Bevölkerung bzw. der FBH-bezugsberechtigten Kinder in Armutsgefährdung diskutiert wurden, so ist es nun notwendig – noch vollständig den herkömmlichen Definitionen entsprechend – die Armutsgefährdungslücke (AGL) nach Kinderzahl zu ergänzen. Die Armutsgefährdungslücke beschreibt den Anteil der Differenz zwischen dem durchschnittlichen gewichteten Haushaltseinkommen der Armutsgefährdeten zur allgemeinen Armutsschwelle (AGS), in Relation zur AGS. Natürlich kann dieser Wert auch wieder rückgerechnet werden, so dass ablesbar wird, welches (ungewichtete) Haushaltseinkommen auf das Erreichen der AGS fehlt.

Die prozentuale Darstellung der AGL zeigt üblicherweise einen Rückgang der AGL mit der Haushaltsgröße der Armutsgefährdeten. Je mehr Personen in einem Haushalt leben, desto mehr Einnahmequellen aus Erwerbsarbeit und/oder Transferleistungen bestehen grundsätzlich, d.h. umso näher gelangen diese Haushalte üblicherweise an die AGS. Bei expliziter Differenzierung nach Kinderzahl trifft dies jedoch nur bedingt zu (Abbildung 10). Die anteilmäßige Armutsgefährdungslücke liegt bei Haushalten mit zumindest vier Kindern zwar mit 18% zwar deutlich unter dem allgemeinen Durchschnitt (21%), weitet sich gegenüber Haushalten mit zwei oder drei Kindern aber wieder leicht aus.

Vor allem ist aber erkennbar, dass Familienhaushalte mit einem Kind eine starke anteilmäßige sowie eine betragsmäßig moderat höhere Armutsgefährdungslücke ausweisen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass ein weit höherer Anteil der Familien mit einem Kind in der Familiengründungsphase, in der oft ein Elternteil ausschließlich das Kind betreut und der andere, sofern vorhanden, sich noch in oder kurz nach der Berufseinstiegsphase befindet und somit nur über geringe Einkünfte verfügt. Das Kinderbetreuungsgeld (KBG) samt Beihilfe zum KBG dämpfen dies zwar, die relative Einkommensposition der armutsgefährdeten Haushalte mit einem Kind sinkt dennoch deutlich, somit steigt die Armutsgefährdungslücke.

²⁰ Natürlich können aber noch andere Geschwister, die keinen Anspruch auf Familienbeihilfe mehr generieren, im gemeinsamen Haushalt leben.

Abbildung 10: Armutsgefährdungslücke, in Euro und in Prozent des Schwellwerts



*Datenquelle: EU-SILC 2011-2013; Kinder mit FBH-Anspruch
Auswertung auf Haushaltsebene;
n=18.396 Haushaltsbefragungen
davon 2.819 armutsgefährdet
Eigene Berechnungen*

In betragsmäßigen Einkommensdifferenzen ist das Ergebnis eindeutiger: Armutsgefährdeten Haushalten mit zumindest vier FBH-bezugsberechtigten Kindern fehlen im Mittel € 7.360,- jährlich an verfügbarem Einkommen, um knapp über die Armutsgrenze zu gelangen – ein mehr als doppelt so hoher Betrag, den der mediane kinderlose armutsgefährdete Haushalt dafür bräuchte.

Exakt dieser Ansatz – die Höhe und die mögliche Reduktion der Armutsgefährdungslücke – ist bei der Wirkungsanalyse der Familientransfers für Mehrkinderfamilien von zentraler Bedeutung. Vorerst wird aber noch auf die herkömmlichen Erweiterungen des Armutsbegriffs eingegangen.

3.2 Über die einkommensbasierte Armutsgefährdung hinaus

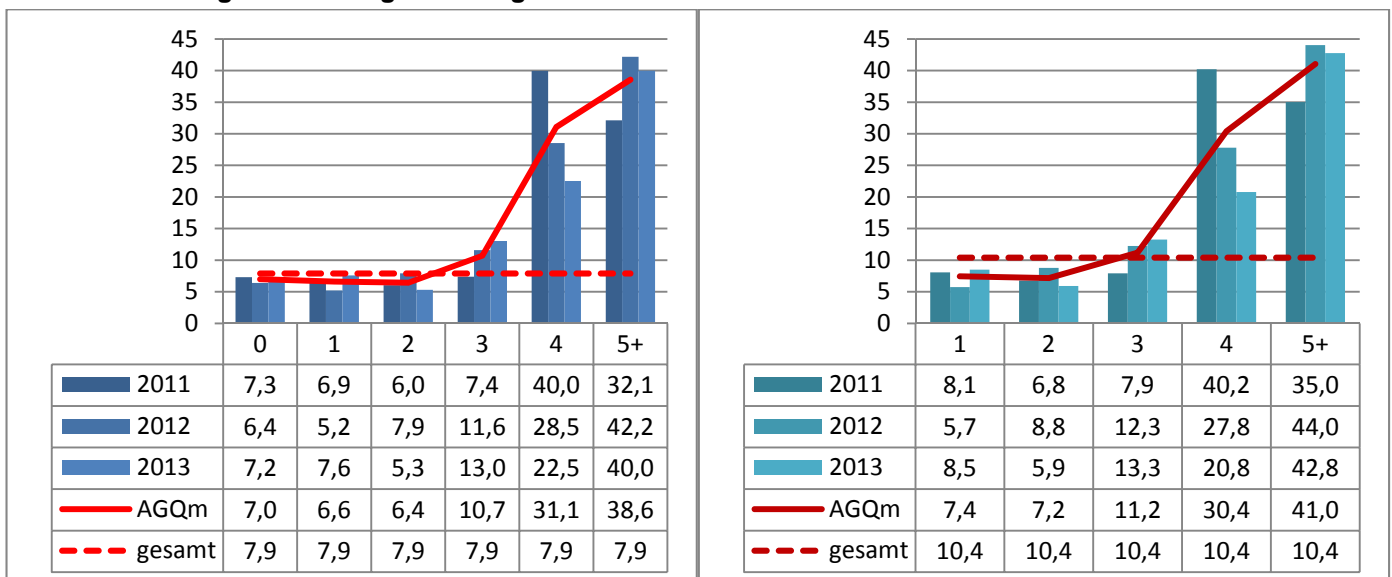
Wie bereits in Abschnitt 2.2 ausgeführt, wird Armutsgefährdung auch anhand weiterer Indikatoren gemessen und ausgewiesen. Gemäß Definition der EUROSTAT leiden die Personen unter erheblicher materieller Deprivation, deren Lebensbedingungen aufgrund fehlender Mittel stark eingeschränkt sind.

Sie sind bzw. waren innerhalb der letzten 12 Monate nicht in der Lage, für mindestens sechs der folgenden neun Ausgabenbereiche²¹ aufzukommen:

1. Miete und Versorgungsleistungen,
2. angemessene Beheizung der Wohnung
3. unerwartete Ausgaben,
4. jeden zweiten Tag eine Mahlzeit mit Fleisch, Fisch oder gleichwertiger Proteinzufuhr
5. einen einwöchigen gemeinsamen Urlaub an einem anderen Ort
6. ein Auto,
7. eine Waschmaschine
8. einen Farbfernseher
9. ein Telefon.

So lässt sich eine indikatorenbasierte Armutsgefährdungsquote (AGQm) errechnen, die die Lebenssituation der Bevölkerung der einzelnen EU-Staaten weit treffsicherer beschreibt als die rein einkommensbasierte Armutsgefährdungsquote (AGQ).

Abbildung 11: Armutsgefährdung nach den zusätzlichen Schlüsselindikatoren



Datenquelle: EU-SILC 2011-2013; Kinder mit FBH-Anspruch
 Links: Bevölkerungssicht; Rechts: Kindersicht;
 n=41.093 Personen, davon 9.995 Kinder
 Eigene Berechnungen

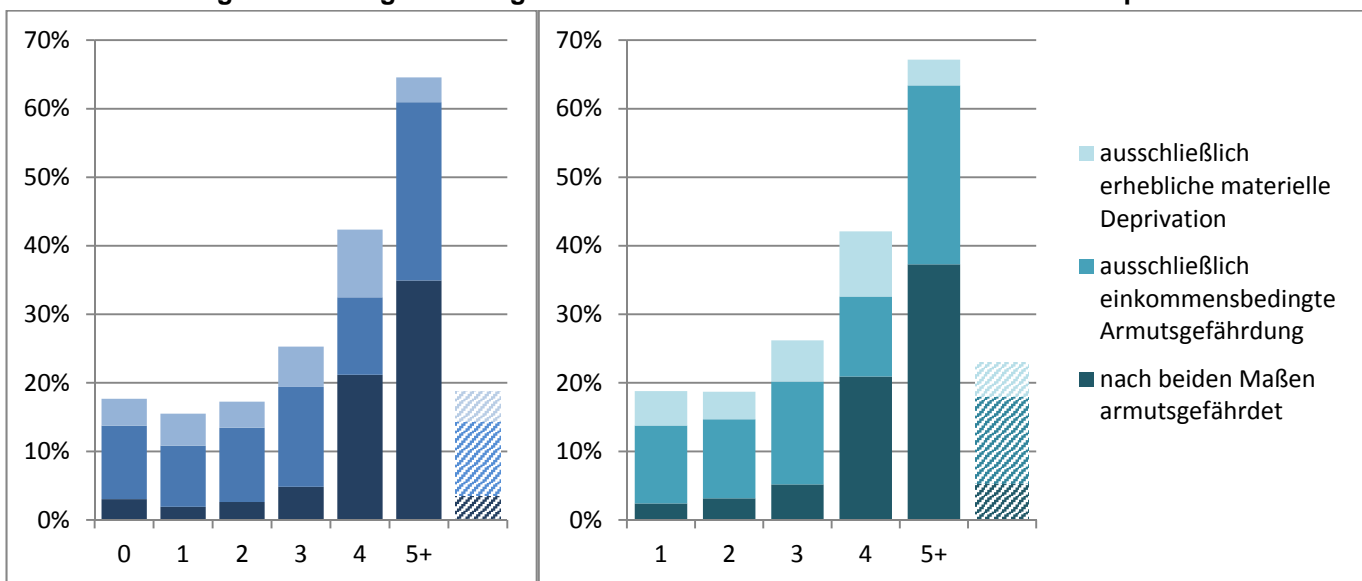
Dennoch darf nicht außer Acht gelassen werden, dass das Kriterium „mindestens sechs der neun Indikatoren“ sehr hoch ausfällt. Schließlich werden ja nur die Gütergruppen/Dienstleistungen gezählt, die tatsächlich aufgrund mangelnder finanzieller Ressourcen nicht angeschafft oder konsumiert werden können. Wenn beispielsweise ein Stadtbewohner auf ein Auto verzichtet, sich dieses aber leisten könnte, steigert dies nicht die indikatorenbasierte Armutsgefährdungswahrscheinlichkeit, der Indikator für „Auto nicht leistbar“ bleibt auf „0“.

²¹ In der (neueren) Definition für die Europa 2020 Strategie wurde das Kriterium für „erhebliche materielle Deprivation“ auf vier dieser neun Ausgabenbereiche reduziert. Im analytischen Teil dieser Arbeit wird der Indikator auch anhand dieser neuen Definition verwendet.

Es ist auf den ersten Blick (Abbildung 11) erkennbar, dass die indikatorenbasierte Armutsgefährdungsquote (AGQm) zur „erheblichen materiellen Deprivation“ lt. EUROSTAT ebenfalls mit der Kinderzahl deutlich wächst, soweit entspricht sie auch den Erwartungen, das Wachstum jedoch scheinbar keiner anhaltenden exponentiellen Wahrscheinlichkeitszunahme, wie bei der rein einkommensbasierten Armutsgefährdung, unterliegt. Bei zumindest fünf Kindern steigt zwar auch die so gemessene materielle Deprivation, das Wachstum der AGQm dürfte sich aber verlangsamen. Der Befund ist jedoch nicht eindeutig. In den Einzeljahresausweisen ist erkennbar, dass diese Kennzahl für „erhebliche materielle Deprivation“ bei Familien mit vier und Haushalten mit zumindest fünf FBH-bezugsberechtigten Kindern scheinbar gedreht hat. Es muss davon ausgegangen werden, dass die Differenzen in den Einzeljahresausweisen bei Mehrkindfamilien ab vier Kindern und als Konsequenz auch die gedämpfte Zunahme der gemessenen materiellen Deprivation von Familienhaushalten mit fünf oder mehr Kindern v.a. auf die geringen Teilstichproben zurückzuführen sind.

Vor allem ist aber festzuhalten, dass – aus Personen- wie Kindersicht – die erhebliche materielle Deprivation weit unter der einkommensbasierten Armutsgefährdung liegt: Über die Gesamtbevölkerung weisen durchschnittlich 7,9% aller Personen erhebliche materielle Deprivation aus, während 14,4% nach einkommensbasierter Betrachtung armutsgefährdet sind. Aus Kindersicht beträgt dieses Verhältnis bereits 10,4% : 18,0%.

Abbildung 12: Armutsgefährdung nach Einkommenskriterium und materieller Deprivation



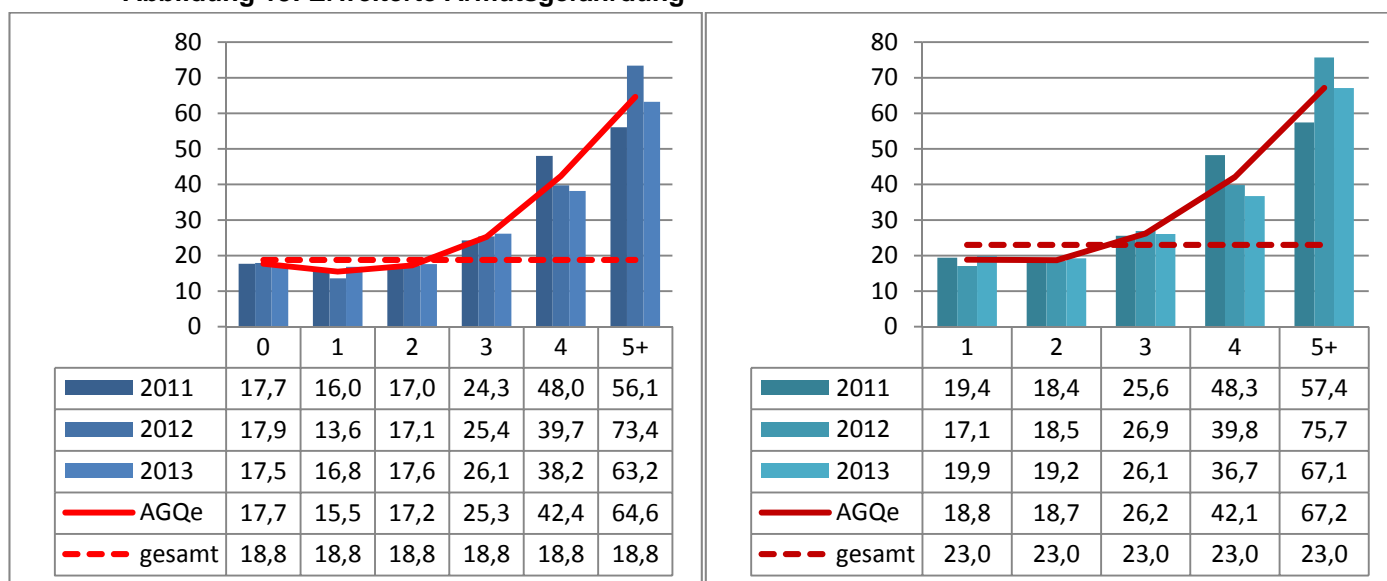
Datenquelle: EU-SILC 2011-2013; Kinder mit FBH-Anspruch
 Links: Bevölkerungssicht; Rechts: Kindersicht
 schraffierte Flächen für Gesamtbevölkerung
 n=41.093 Personen, davon 9.995 Kinder
 Eigene Berechnungen

Diese beiden Messgrößen der Armutsgefährdung korrelieren wesensbedingt stark, es gibt jedoch für beide Messgrößen durchaus Bereiche, die von der jeweils anderen Messgröße nicht abgedeckt wird (Abbildung 12). Von den 18,8% der Personen bzw. 23,0% der Kinder, die nach einem der beiden Konzepte als armutsgefährdet gelten, sind 10,9% der Personen (12,6% der Kinder) ausschließlich einkommensbedingt armutsgefährdet, weitere 4,6% (5,0%) ausschließlich materiell depriviert und lediglich 3,6% (5,4%) nach beiden Messkon-

zepten armutsgefährdet. Während einkommensbezogene Armutsgefährdung direkt durch Transferleistungen und/oder Schaffung von Möglichkeiten zur Steigerung des Erwerbsverhaltens gedämpft werden kann, hat erhebliche materielle Deprivation, die nicht unmittelbar mit Einkommensknappheit einhergeht, zumeist historische Gründe (v.a. hohe Schuldenstände und/oder Alimentationsverpflichtungen), die durch moderat gesteigerte Transferzahlungen nur bedingt kompensiert werden.

Die durch Kombination von einkommensbasierter Armutsgefährdung (AGQ) und erheblicher materieller Deprivation (AGQm) geschaffene „erweiterte Armutsgefährdung“ (AGQe) betrifft also 18,8% bzw. bereits 23,0% der österreichischen Bevölkerung (Abbildung 13)²². Vor allem Personen in Haushalten mit 4 Kindern erfahren durch die Mitberücksichtigung der materiellen Deprivation eine deutliche Steigerung ihrer Armutsgefährdung (AGQe 42,2%: AGQ 32,5%). Somit „ebnet“ sich das Steigungsverhalten der Armutsgefährdung nach Kinderzahl von ursprünglich exponentieller Beschaffenheit zu einer durchgehenden steilen Zunahme von 25,3% für Personen in 3-Kind-Haushalten zu 64,6% für Personen in Haushalten mit zumindest fünf Kindern. Umso alarmierender ist die Höhe der ausgewiesenen Werte für kinderreiche Haushalte. Mehr als zwei Drittel (67,2%) aller Kinder in Haushalten mit fünf oder mehr FBH-bezugsberechtigten Kindern gelten nach dieser, den Vorgaben der EUROSTAT folgenden Darlegung als armutsgefährdet.

Abbildung 13: Erweiterte Armutsgefährdung



Datenquelle: EU-SILC 2011-2013; Kinder mit FBH-Anspruch
 Links: Bevölkerungssicht; Rechts: Kindersicht
 n=41.093 Personen, davon 9.995 Kinder
 Eigene Berechnungen

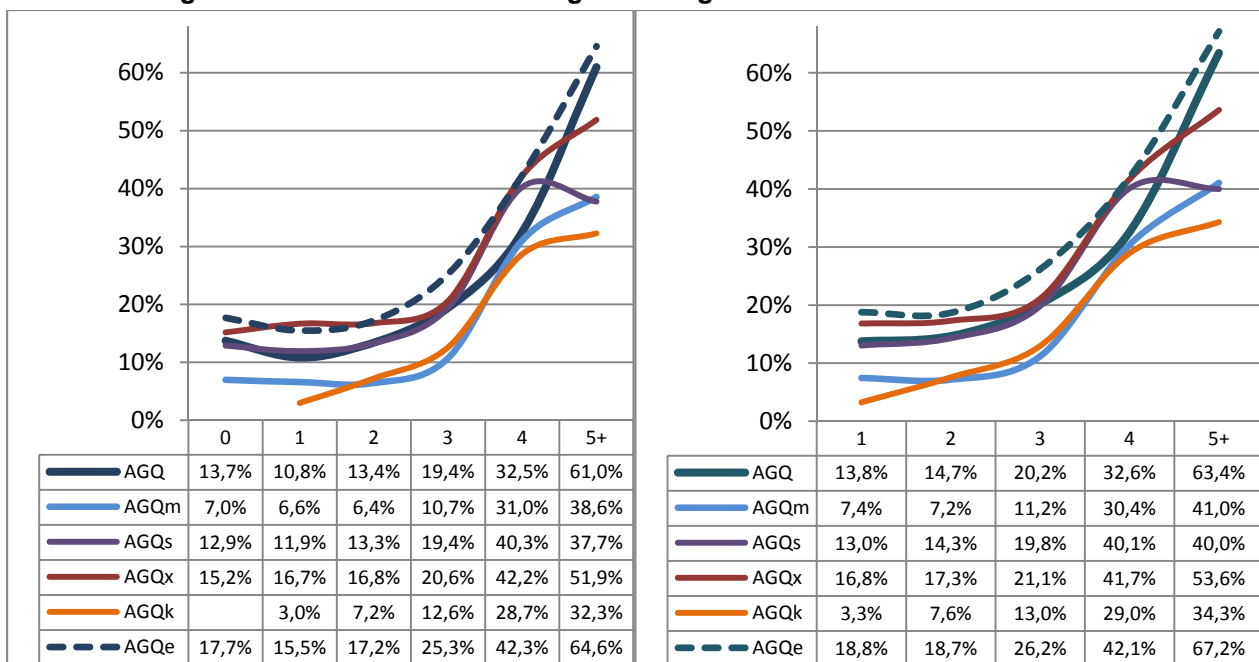
Neben den Indikatoren, die zur Errechnung der EUROSTAT-definierten erweiterten Armutsgefährdung notwendig sind, werden via EU-SILC noch zusätzliche Indikatoren zu weiteren Dimensionen der Armutsgefährdung erhoben, die in zahlreichen, etwas spezifischeren Berechnungen zu Armut und Lebensbedingungen in der EU herangezogen werden (Übersicht in Abbildung 14).

²² Vgl. auch Abschnitt 2.2, Abbildung 4 und Abbildung 6

So wird befragt, ob die RespondentInnen in letzter Zeit kostenpflichtige Gesundheitsleistungen in Anspruch nehmen, ob sie an (z.T. kostenpflichtigen) kulturellen Veranstaltungen partizipieren, oder einfach mit Freunden ausgehen konnten. Diese Indikatoren können zur Armutsgefährdung nach Indikatoren der Lebensqualität und sozialer Inklusion zusammengefasst werden (AGQx). Dies ist die einzige Indikatorengruppe, die ad personam abgefragt wird. Insofern darf es nicht überraschen, dass hier mitunter Gruppenwerte der Armutsgefährdung nach Bevölkerungssicht mitunter höher ausfallen, als die nach Kindersicht. Viele Eltern versuchen vorerst, die Lebensqualität und soziale Inklusion ihrer Kinder zu sichern, bevor sie an sich selbst denken.

Andere Indikatoren erheben auch die Selbsteinschätzung der Haushaltsrepräsentanten. So wird beispielsweise erhoben, ob es innerhalb der letzten 12 Monate vorgekommen ist, dass noch vor Monatsende bzw. vor erwarteter nächster regelmäßiger Zahlung das Geld so knapp wurde, dass herkömmliche Güter des täglichen Bedarfs nicht mehr gekauft werden konnten. Dieser Indikator wird gemeinsam mit anderen zur Armutsgefährdung nach subjektiver Einschätzung (AGQs) zusammengefasst.

Abbildung 14: Dimensionen der Armutsgefährdung



Datenquelle: EU-SILC 2011-2013; Kinder mit FBH-Anspruch

AGQ: armutsgefährdet - nach Höhe der laufenden Einkommen

AGQm: armutsgefährdet - nach Indikatoren materieller Deprivation

AGQs: armutsgefährdet - nach subjektiver Einschätzung

AGQx: armutsgefährdet - nach personenbezogenen Indikatoren der Lebensqualität/sozialer Ausgrenzung

AGQk: armutsgefährdet - nach Leistbarkeit kinderspezifischer Ausgaben

AHQe: armutsgefährdet – nach erweiterter Definition (EUROSTAT)

Links: Bevölkerungssicht; Rechts: Kindersicht;

n=41.093 Personen, davon 9.995 Kinder

Eigene Berechnungen

Weiters – und im gegenständlichen Forschungszusammenhang von tieferem Interesse – sind die Indikatoren der Armutsgefährdung nach Leistbarkeit von kinderspezifischen Ausga-

ben (AGQk). Der Umstand, dass diese Quote die niedrigsten Werte aufweist, ist nur z.T. darauf zurückzuführen, dass hier vergleichsweise wenige Operatoren zusammengefasst sind. Vielmehr dürfte auch hier zum Ausdruck kommen, dass eher an Haushaltseinrichtung oder Urlaub denn bei Ausgaben für die Kinder gespart wird. Sicher kommt es aber auch zu einer gewissen Verzerrung hinsichtlich der sozialen Wünschbarkeit der Antworten in diesem Bereich. Es ist leichter anzugeben, dass man sich kein Auto leisten kann, als zu sagen, dass man aus finanziellen Gründen das eigene Kind nicht auf Schikurs fahren lassen konnte.

Klar erkennbar ist, dass die Armutsgefährdungen unterschiedlichster Definition miteinander signifikant positiv korrelieren. Dies trifft nicht nur auf obige Darstellung nach Kinderzahl zu, auch auf Personenebene ist die Korrelation eindeutig gegeben.

Tabelle 3: Korrelation der Armutsgefährdungen unterschiedlicher Definitionen

	AGQ	AGQm	AGQs	AGQx	AGQk
AGQ	1	,255**	,244**	,204**	,159**
AGQm		1	,471**	,426**	,280**
AGQs			1	,435**	,283**
AGQx				1	,326**
AGQk					1

Datenquelle: EU-SILC 2011-2013; Korrelation nach Pearson,

*(**) Die Korrelation ist auf dem Niveau von 0,01 (2-seitig) signifikant.*

AGQ: armutsgefährdet - nach Höhe der laufenden Einkommen

AGQm: armutsgefährdet - nach Indikatoren materieller Deprivation

AGQs: armutsgefährdet - nach subjektiver Einschätzung

AGQx: armutsgefährdet - nach Indikatoren der Lebensqualität/sozialer Ausgrenzung

AGQk: armutsgefährdet - nach Leistbarkeit kinderspezifischer Ausgaben

Die grundlegenden Indikatoren, die daraus abgeleiteten Armutsgefährdungsquoten, als auch die theoretischen Konzepte der Armutsgefährdung sind jedoch voneinander funktional unabhängig. Das heißt, dass eine Veränderung in einer Dimension der Armutsgefährdung noch nicht automatisch zur Veränderung in einer anderen Dimension führt. Somit besteht – zumindest theoretisch – die Möglichkeit, dass die „weichen“ Kennzahlen der Armutsgefährdung vollkommen unverändert bleiben, wenn sich die Einkommensposition einer gewissen Gruppe ändert. Nach obiger, hochsignifikanter Korrelationstabelle (Tabelle 3) wäre dies aber höchst unwahrscheinlich. Dennoch muss davon ausgegangen werden, dass die Elastizität der „weichen“ Kennzahlen der Armutsgefährdung bei einer Ausweitung der Transfereinkünfte streckenweise geringer ausfällt, als bei den Kennzahlen der monetären Armutsgefährdung.

4 Armutsmindernde Wirkung der Familientransfers

Wie zuvor ausgeführt, bestehen – nach Ansatz sämtlicher Familien- und weiteren Sozialtransfers – aus Bevölkerungs- vor allem aber aus Kindersicht beträchtliche und systematische Ungleichverteilungen in der einkommensbasierten Armutsgefährdung (AGQ). Diese starken Steigerungen der Armutsgefährdung nach Kinderzahl setzen sich in den Maßzahlen der materiellen Deprivation (AGQm), der sozialen Ausgrenzung und personenbezogenen Lebensqualität (AGQx) und weiteren „weichen“ Armutsindikatoren fort.

Mit der letzten Reform zur Familienbeihilfe, deren erste Etappe per 1.7.2014 in Kraft trat, wurden sowohl die Grundtransfers als auch die Geschwisterstaffeln um ca. 4% erhöht²³. Diese wird mit den beiden begleitenden Maßnahmen, Kinderabsetzbetrag (KAB) und Mehrkindzuschlag (MKZ), die jedoch beide konstant geblieben sind, näher analysiert. Der weitere Rahmen der monetären Familienleistungen, vor allem das Kinderbetreuungsgeld (KBG) sowie die Beihilfe zum Kinderbetreuungsgeld (BKBG), aber auch länderspezifische Leistungen, werden zwar im EU-SILC als solche insgesamt ausgewiesen, die Zuordnung der konkreten Leistung – v.a. der Frage welche Variante KBG bezogen wird, bzw. ob eine zusätzliche Beihilfe zum KBG enthalten ist, kann jedoch nicht vorgenommen werden. Dennoch lässt das vorhandene Datenmaterial die Effekte der Aggregate – Familien- und Sozialleistungen insgesamt, darin Familienleistungen insgesamt und wiederum darin die bundesweiten Maßnahmengruppe Familienbeihilfe, Kinderabsetzbetrag und Mehrkindzuschlag – konkret veranschaulichen.

4.1 Effektivität der Transfers auf die monetäre Armutsgefährdung

Die allgemeine Armutsgefährdungsquote (AGQ) von 14,4% würde sich ohne die bundesweiten Familientransfers (Familienbeihilfe (FBH), Kinderabsetzbetrag (KAB)) ohne Berücksichtigung der Mehrkindförderungen, um 4,1% auf 18,5% erhöhen²⁴ (Abbildung 15²⁵).

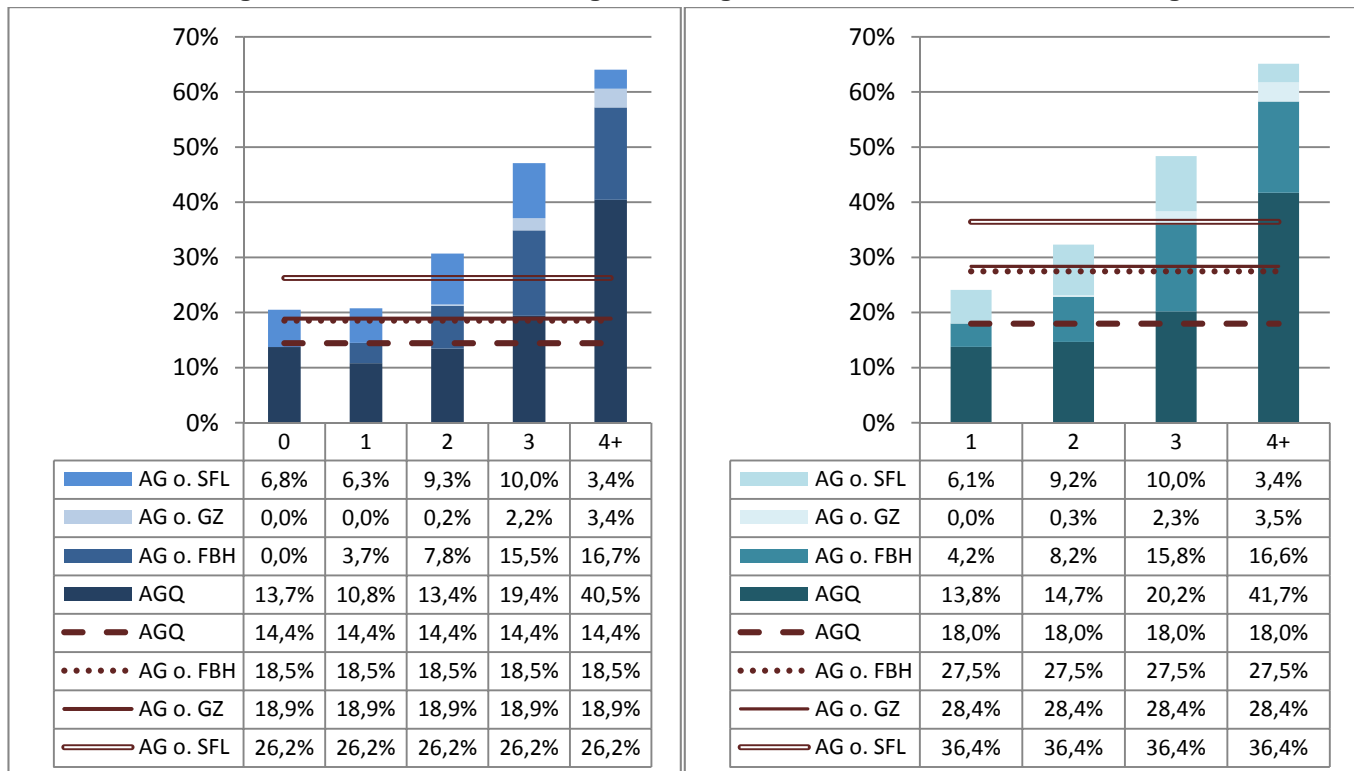
²³ Lediglich für Familien mit sieben oder mehr Kindern erfolgte eine Erhöhung um bis zu 42%. Dies ist jedoch auf die Umstellung der legislativen Formulierung zurückzuführen: Wurden die Geschwisterzuschläge in der bis 31.8.2013 gültigen Fassung des FLAG anhand der Paritätszahl des jeweiligen Kindes (zweitältestes, drittältestes ...) festgemacht, so wurde nun dazu übergegangen, den durchschnittlichen Geschwisterzuschlag pro Kind anhand der Gesamtzahl der Kinder anzugeben. In der früheren Fassung erfolgte eine Steigerung des Geschwisterzuschlags bis zum vierten Kind. Die derzeitige Fassung führt bis zum sechsten Kind zu den gleichen Ergebnissen – eben mit 4% Aufschlag. Die Besserstellung der wenigen Familien mit mehr als sieben Kindern gleicht sich asymptotisch an die frühere Regelung (+4%) an und würde theoretisch mit dem 15. Kind ebenfalls bei einer 4%igen Steigerung liegen.

²⁴ Die Armutsgefährdungsschwelle (AGS) wird für diese Vergleiche konstant gehalten.

²⁵ Lesebeispiel: Die Balkendarstellung zeigt die Komponenten der Reduktion der Armutsgefährdung nach Haushaltstyp. So ist ablesbar, dass z.B. Personen in Haushalten mit drei (FBH-Bezugsberechtigten) Kindern ohne Familien- und Sozialtransferzahlungen (aber incl. Pensionszahlungen) eine Armutsgefährdungsquote von 47% anstatt der derzeitigen 19,4% ausweisen würden. Durch die landes- wie bundesweiten Sozialleistungen sowie Familienleistungen (SFL), die nicht der näheren Betrachtung unterliegen, senkt sich diese Quote um 10%. Die näher betrachteten Familienleistungen

Exklusive der Mehrkinderförderungen, Mehrkinderzuschlag (MKZ) und Geschwisterstaffel zur FBH (GS) wären weitere 0,4%, also insgesamt 18,9% aller Österreicherinnen und Österreicher armutsgefährdet. Diese Differenz erscheint vorerst nicht hoch, dennoch werden durch die Mehrkinderförderungen immerhin 2,2% der Personen in Haushalten mit drei Kindern über die derzeitige Armutsgefährdungsschwelle gehoben, bei Haushalten mit zumindest vier Kindern gleich 3,4%. Für diese Familientypen ist die derzeitige Form der zusätzlichen Förderung von Mehrkinderfamilien also erkennbar relevant. Die Ergebnisse aus Kinderperspektive sind durchaus vergleichbar.

Abbildung 15: Reduktion der Armutsgefährdung durch Familien- und Sozialleistungen



Datenquelle: EU-SILC 2011-2013; Kinder mit FBH-Anspruch
 Links: Bevölkerungssicht; Rechts: Kindersicht
 n=41.093 Personen, davon 9.995 Kinder
 Eigene Berechnungen

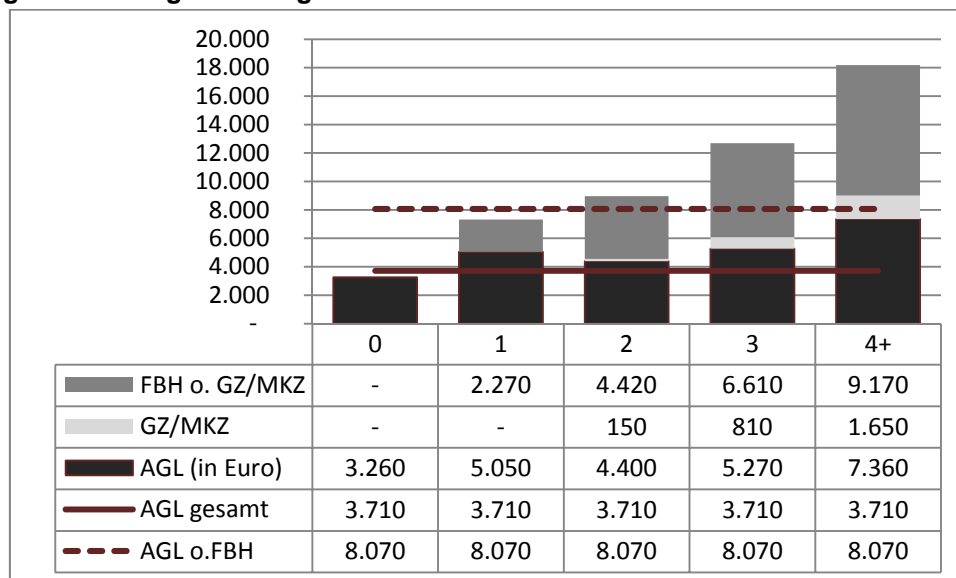
Weiters ist erkennbar, dass die Reduktion der Armutsgefährdung unter Mehrkinderfamilien mit zumindest vier Kindern durch bundes- oder landesseitige Sozial- oder Familienleistungen (SFL) abseits von KAB, FBH und MKZ weit geringer ausfällt, als bei Haushalten mit zwei oder drei Kindern.

(KAB, FBH und MKZ) werden analytisch so getrennt, so dass einerseits die Grundbeträge dieser Leistungen und andererseits die Kinderzahlförderungen ausgewiesen werden. Die Mehrkinderförderungen Geschwisterstaffel zur FBH sowie Mehrkinderzuschlag heben weitere 2,2% der Personen (2,3% der Kinder) in diesen Haushalten über den armutsgefährdeten Bereich. Durch die altersdifferenzierten Grundbeträge der FBH sowie dem KAB wird der Hauptanteil (15,5%) der zuvor Armutsgefährdeten über den derzeitigen Schwellwert zur Armutsgefährdung gehoben.

Wie bereits in Abbildung 10 dargelegt, beträgt die allgemeine Armutsgefährdungslücke (AGL) € 3.710,-. Die die Armutsgefährdungslücken der Haushaltstypen verlaufen aber nicht monoton. Armutsgefährdete Haushalte mit einem Kind wiesen eine höhere Lücke zur Armutsgefährdungsschwelle auf, als Haushalte mit keinem oder zwei Kindern. Danach steigt die AGL mit der Kinderzahl.

Ohne die betrachteten Familientransfers wäre die AGL jedoch weit höher (Abbildung 16). Nun würden durchschnittlich € 8.070,- fehlen, um aus der Armutsgefährdung nach heutiger Sicht zu gelangen. Den armutsgefährdeten Haushalten mit drei Kindern würden durchschnittlich € 12.690,- fehlen, um den Bereich der Armutsgefährdung zu verlassen, Haushalten mit zumindest vier Kindern sogar über € 18.000,-. Ohne die analysierten Familientransfers verläuft die AGL nach Kinderzahl wieder monoton, d.h. die Kombination aus FBH und KAB reduziert die Einkommenslücke ab zwei Kindern effizienter, als bei einem Kind.

Abbildung 16: Armutsgefährdungslücken der Haushalte mit/ohne Familientransfers



*Datenquelle: EU-SILC 2011-2013; Auswertung auf Haushaltsebene
n=18.396 Haushaltsbefragungen, davon derzeit 2.819
bzw. ohne KAB, FBH und MKZ 4.506 armutsgefährdet
Eigene Berechnungen*

Im Folgenden werden Ergebnisse spezifischer statistischer Verfahren diskutiert, die die Effektivität von Geschwisterstaffel und Mehrkindzuschlag hinsichtlich der Dämpfung der erweiterten Armutsgefährdung darstellen. Wie bereits in Abschnitt 3.2 aufgezeigt, ist das Konzept der Armutsgefährdung durchaus mehrdimensional zu erfassen. Neben der herkömmlichen monetären Armutsgefährdung (AG) werden auch die Auswirkungen auf die materielle Deprivation der Haushalte (AG.m), die subjektiv empfundene Armutsgefährdung (AG.s), die individuelle soziale Exklusion (AG.x) sowie – im Forschungszusammenhang wichtiger als in vergleichbaren Studien – die kinderbezogene Armutsgefährdung (AG.k) analysiert.

4.2 Effekte auf die erweiterte Armutsgefährdung

Die Veränderung in der monetären Armutsgefährdung durch Änderung eines Transfers kann direkt errechnet werden: Einfach die Differenz zum alten Transferbetrag hinzurechnen und erneut den Anteil derer berechnen, die nun unter der Armutsgefährdungsschwelle (AGS) liegen. Die so neu errechnete Armutsgefährdungsquote (AGQ) lässt auch direkt die fragliche Änderung erkennen.

Bei den anderen – weichen – Kennzahlen der Armutsgefährdung muss ein komplexerer Ansatz gewählt werden. Die Indikatoren zu diesen Dimensionen der Armutsgefährdung lassen sich ja nicht direkt aus den Einkommen ableiten, noch viele andere Umweltfaktoren, Stimmungen und Erfahrungen prägen diese weichen Kriterien. Es kann jedoch der systematische Zusammenhang zur Einkommenssituation und -entwicklung analytisch hergestellt werden. Dafür müssen die durchgehend definierten Maßnahmen der erweiterten Armutsgefährdung mit den Einkommen so in Relation gebracht werden, dass damit empirisch belastbare Rückschlüsse zur Konsequenz von Einkommensvariationen auf die jeweiligen Maßzahlen gezogen werden können.

Die dafür passendste Methode stellt die Logistische Regression, eine spezifische Form der generalisierten linearen Modelle (GLM), dar. Die Zielgrößen, deren Variation als Folge einer Änderung in einer bestimmten Einkommensart errechnet bzw. simuliert werden soll, sind durchwegs binomialer Natur. Entweder die jeweilige Person bzw. ihr Haushalt ist armutsgefährdet (1) oder nicht (0). Eine mitunter winzige Variation in einer der im Modell inkludierten Einkommenskomponenten kann diese binomiale Ausprägung ändern, d.h. in ihr Gegenteil verwandeln.

Letztlich geht es darum, aus den über 40.000 empirischen Einzelbeobachtungen hinreichend abgesicherte Modelle abzuleiten, anhand derer Variationen von Einkommenskomponenten simuliert und deren Auswirkungen auf die binomialen Zielgrößen möglichst exakt wiedergegeben werden können. Damit die Modelle aber vergleichbar bleiben, ist es notwendig, dass die Regressionen weitgehend deckungsgleich konstruiert, aber dennoch stabil und vorhergesagkräftig sind. Technisch gesehen sollte die gleiche Regressionsgleichung für alle vier Bereiche der erweiterten Armutsgefährdung gelten. Zwecks Veranschaulichung und Vergleichbarkeit wird auch ein strukturähnlicher Schätzer für die monetäre Armutsgefährdung entwickelt²⁶.

4.2.1 Beitrag zur Dämpfung der materiellen Deprivation

Gemäß Definition der EUROSTAT leiden Personen unter erheblicher materieller Deprivation, deren Lebensbedingungen aufgrund fehlender Mittel stark eingeschränkt sind²⁷.

²⁶ Siehe Appendix-Tabelle 6

²⁷ Vgl. Abschnitt 3.2

Diese Personen sind bzw. waren innerhalb der letzten 12 Monate nicht in der Lage, für mindestens vier der folgenden neun Ausgabenbereiche²⁸ aufzukommen:

1. Miete und Versorgungsleistungen,
2. angemessene Beheizung der Wohnung,
3. unerwartete Ausgaben,
4. jeden zweiten Tag eine Mahlzeit mit Fleisch, Fisch oder gleichwertiger Proteinzufuhr,
5. einen einwöchigen gemeinsamen Urlaub an einem anderen Ort,
6. ein Auto,
7. eine Waschmaschine,
8. einen Farbfernseher,
9. ein Telefon.

Die so errechnete Deprivation ist nicht wesentlich höher, als die im deskriptiven Teil dargestellte. Die beiden zugehörigen GLM-Schätzgleichungen – eine für Personen-, die andere für die Kindersicht – sind in der Appendix-Tabelle 7 einsehbar.

4.2.2 Dämpfung der subjektiv empfundenen Armutsgefährdung

Die subjektiv empfundene Armutsgefährdung folgt der Fragestellung an einen Haushaltsrepräsentanten, der/die maßgeblich für die täglichen Einkäufe und größeren Anschaffungen sowie vorrangig für die Verwaltung der finanziellen Mittel des Haushalts zuständig ist, wie der Haushalt mit den Nettoeinkünften üblicherweise auskommt. Diese wird über strukturgleiche GLM-Schätzgleichungen, wie sie schon für die materielle Deprivation angewandt wurden, mit den fraglichen Einkommenskomponenten verknüpft²⁹.

4.2.3 Verringerung der sozialen Exklusion

Soziale Exklusion ist selbst eine vielschichtige, definitorisch durchaus heterogene Thematik. Sie ist jedenfalls eine personenbezogene Größe und keine Haushaltsvariable, wie die anderen Größen der direkten sowie der erweiterten Armutsgefährdung. Die hier angewandte Definition umfasst

1. Gesundheitsvorsorge
 - a. Nicht-Inanspruchnahme zahnärztlicher Leistungen aufgrund finanzieller Restriktionen
 - b. Nicht-Inanspruchnahme sonstiger medizinischer Leistungen aufgrund finanzieller Restriktionen
2. Regelmäßiges Ausüben von mit Kosten verbundenen Freizeitaktivitäten
3. Treffen mit Freunden oder Verwandten mindestens einmal im Monat
4. Regelmäßiges Lesen einer Tageszeitung
5. Jeden Monat 15 Euro sparen

Die zugehörigen Schätzgleichungen sind in Appendix-Tabelle 9 einsehbar.

²⁸ Im deskriptiven Teil davor wurde noch an der alten EUROSTAT-Definition festgehalten, wo zumindest sechs von neun Indikatoren zutreffen müssen, damit (erhebliche) materielle Deprivation zugewiesen wird.

²⁹ Schätzgleichungen in Appendix-Tabelle 8

4.2.4 Dämpfung der kinderspezifischen Armutsgefährdung

Schließlich die zentrale Maßzahl zur kinderspezifischen Armutsgefährdung. Es werden alle Elemente unter folgenden gezählt, die sich der Haushalt aus finanziellen Gründen nicht leistet:

1. Sport und Freizeitgeräte für Kinder
2. Regelmäßige kostenpflichtige Freizeitaktivitäten der Kinder
3. Feste feiern für die Kinder
4. Einladungen an Freunde der Kinder
5. Teilnahme Schulaktivitäten und Schulfahrten der Kinder

Bei Zutreffen eines dieser Kriterien gilt bereits kinderspezifische Armutsgefährdung. Interessanter Weise ist dies die Form der Armutsgefährdung, die trotz ihrer engen Definition die geringste Ausprägung ausweist. Die Schätzgleichungen hierzu können unter Appendix-Tabelle 10 eingesehen werden.

4.3 Gesamteffekte der Variation kinderzahlabhängiger Instrumente

In diesem Abschnitt werden die Effekte der kinderzahlabhängigen Transferinstrumente (Geschwisterstaffel zur Familienbeihilfe und Mehrkindzuschlag) auf die fünf Formen der Armutsgefährdung anhand von Simulationen auf Basis der jeweils errechneten Logistischen Regressionen (eine für Fragestellungen wie diese entwickelte Untergruppe der „Generalisierten Linearen Modelle“, GLM) veranschaulicht. Hierfür werden im ersten Schritt die beiden kinderzahlabhängigen Transferinstrumente annulliert, im nächsten Schritt wieder eingesetzt und schrittweise erhöht. Die errechneten GLM-Schätzer weisen die daraus resultierende Armutsgefährdung aus. Damit diese Simulation auch hinreichend trennscharf durchgeführt werden kann, ist es sinnvoll und notwendig, möglichst konkret definierte Familientypen zu simulieren, denn nur mit konkreter Familiengröße, verfügbarem Haushaltseinkommen, exaktem Alter der Kinder und – daraus abgeleitet – konkretem Grundbetrag aus altersdifferenzierter Familienbeihilfe und Kinderabsetzbetrag, können – ceteris paribus – die direkten Effekte der kinderzahlabhängigen Instrumente identifiziert und quantifiziert werden.

Die verfügbaren Einkommen der simulierten Haushalte – ohne Familientransfers FBH, KAB und MKF, jedoch inklusive Kinderbetreuungsgeld und eventueller Länderleistungen – liegen sinnhafter Weise erkennbar unter der rezenten Armutsgefährdungsschwelle (AGS). Mit den Grundbeträgen aus KAB und altersgestaffelter FBH kommen die Haushalte bereits in den Bereich der AGS, sie überspringen diese Marke gegebenenfalls aber erst mit den Geschwisterstaffeln deutlich. Das Simulationsmodell errechnet die Wahrscheinlichkeit, dass der Haushalt auch mit der kinderzahlabhängigen Transferzahlung in der auf der Abszisse³⁰ aufgetragenen Höhe armutsgefährdet bleibt. Diese resultierende Wahrscheinlichkeit der Armutsgefährdung ist auf der Ordinate³¹ ablesbar.

³⁰ „x-Achse“

³¹ „y-Achse“

Die Darstellungen für die fünf simulierten Familientypen sind einheitlich: Die Armutsgefährdung nach rein monetärer Sichtweise (AG)³² wird anhand der stets vergleichsweise steilen blauen Linie dargestellt. Einkommensvariationen aufgrund Verschiebungen in den kinderzahlabhängigen Transferzahlungen setzen sich direkt in das errechnete Gefährdungsmaß um. Die dünnen unterbrochenen Linien geben das statistische Konfidenzintervall (95%)³³ dieser Schätzung wieder. Die erweiterten Maße der Armutsgefährdung, sind wiederum die materielle Deprivation (AG.m; hellblau), die Armutsgefährdung nach subjektiver Einschätzung (AG.s; rot), die Armutsgefährdung nach Indikatoren der sozialen Exklusion (AG.x, violett) und schließlich die Armutsgefährdung nach Leistbarkeit kinderrelevanter Ausgaben (AG.k, orange). Erst die Gesamtkombination dieser Schätzmaße der Armutsgefährdung gibt hinreichend Rückschluss über die Gesamtsituation des Haushalts und seiner Mitglieder.

Jede der folgenden Abbildungen vergleicht das modellierte Ausmaß bzw. die Wahrscheinlichkeit der monetären Armutsgefährdung mit dem simulierten Ausmaß der „weichen“ Formen der Armutsgefährdung, die die Personen direkt spüren und dies bei der Befragung auch angeben. Die Simulationen basieren durchgehend auf den Modellen der Armutsgefährdung nach Personensicht. Simulationsergebnisse anhand der GLM nach Kindersicht sind durchaus vergleichbar, die Anpassungskurven im Wesentlichen nur etwas nach oben verschoben.

4.3.1 Familie 1: Familie mit zwei Kindern im Volksschulalter

Mit Familie 1, einer Paarfamilie mit zwei Kindern im Alter von 7 und 9 Jahren und einem jährlich verfügbaren Haushaltseinkommen exklusive FBH und KAB von € 23.100,- verweilt mit diesen Einkommenskomponenten noch deutlich unter der Armutsgefährdungsschwelle (AGS). Aus diesem Grunde weist das GLM-Verfahren – obwohl KAB und altersstaffelabhängiger FBH über das Modell gleich miteinander berechnet werden – ohne kinderzahlabhängiger Transferzahlungen noch eine Wahrscheinlichkeit der monetären Armutsgefährdung (AG) von über 93% aus. Selbst unter Einbezug der derzeit gültigen kinderzahlabhängigen Transferzahlung, der Geschwisterstaffel zur FBH für zwei Kinder (€ 153,60) wird die Armutsgefährdung nicht wesentlich reduziert, sie bleibt über 90%. Selbst bei einer Verzehnfachung der derzeitigen Geschwisterstaffel bliebe diese Familie noch knapp im armutsgefährdeten Bereich (60%).

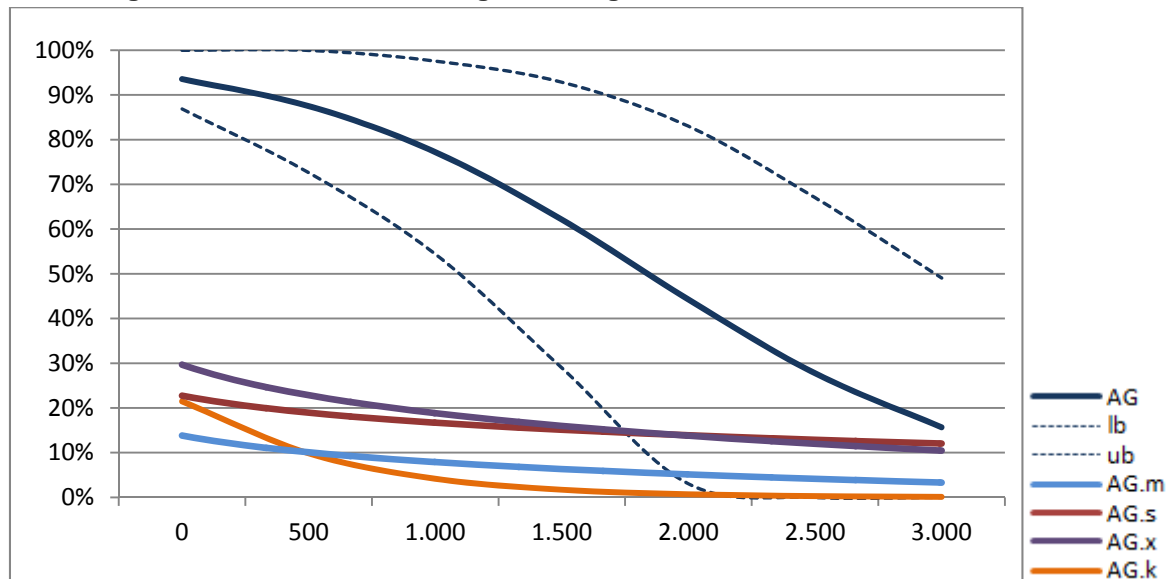
Gänzlich anders verhält es sich bei den anderen Maßen der Armutsgefährdung. Die materielle Deprivation (AG.m) von anfangs 12% für diesen Familientyp ist relativ gering. Dies ist in erster Linie auf die zumeist gute familiäre und soziale Einbindung von Familien mit jungen Kindern rückführbar. Viele der in diesem Armutsgefährdungsmaß enthaltenen Güter und Dienstleistungen bzw. die daraus entstehenden Zahlungsverpflichtungen werden bei einkommensschwachen Familien mitunter auch von der Großelterngeneration beigesteuert. Mit

³² Nach herkömmlicher Definition: gewichtetes Haushaltseinkommen unter 60% des Medianeinkommens.

³³ Üblicherweise als „lower bound“ (lb) für die untere und „upper bound“ (ub) für die obere Begrenzung des Konfidenzintervalls bezeichnet.

steigenden Geschwisterzuschlägen – im Fall von Zweikindfamilien jedoch in eher utopischem Ausmaß³⁴ – sinkt die AG.m de facto auf Null.

Abbildung 17: Reduktion der Armutsgefährdungen für Familie 1



Datenquelle: EU-SILC 2011-2013;
Simulation der Reduktion der Wahrscheinlichkeiten zur Armutsgefährdung bei Hebung der kinderzahlrelevanten Transferkomponenten

Auch die Armutsgefährdung nach subjektivem Empfinden (AG.s), also die Erfahrung, ob üblicherweise am Ende des Monats, nach Abzug der Fixkosten sowie der täglichen Ausgaben, ein wenig Geld übrigbleibt, oder ob die täglichen Ausgaben gegen Ende des Monats radikal eingeschränkt werden müssen, um über die Runden zu kommen, weist gemäß angewandtem GLM-Schätzverfahren nur geringe Werte aus. Ebenfalls aufgrund guter sozialer Einbindungen ist diese Armutsgefahr gering, reduziert sich aber nur langsam mit steigenden Transfers.

Fast deckungsgleich verläuft die Armutsgefährdung aufgrund personenbezogener sozialer Exklusion (AG.x). Zwar ist die anfängliche Wahrscheinlichkeit der Armutsgefährdung nach diesem Ansatz höher (30%), mit steigenden Transfers halbiert sich dieser Wert jedoch. Schließlich ist die Armutsgefährdung nach Leistbarkeit kindertypischer Ausgaben (AG.k) ebenfalls noch gering. Sie würde sich mit hinreichend hohen Zusatztransfers auch gänzlich eliminieren. Dies weist auf den Umstand hin, dass bei den Kindern nach Möglichkeit zuletzt gespart wird. Auch sind die kindertypischen Ausgaben für Volksschulkinder noch geringer.

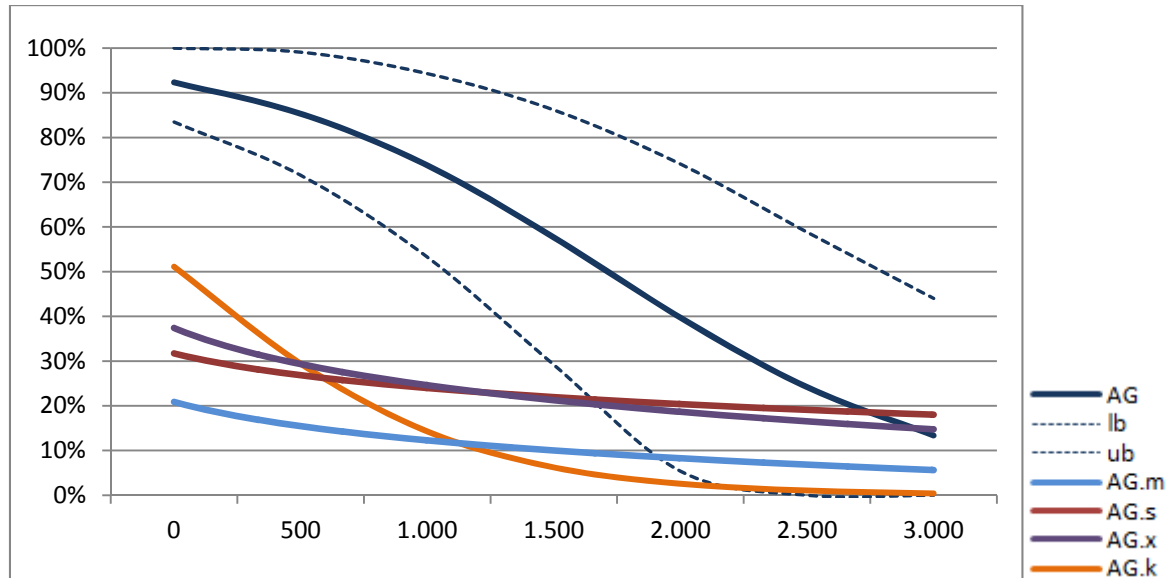
Insgesamt kann konstatiert werden, dass einkommensschwache Paarfamilien mit zwei Kindern im Volksschulalter ihre Einkommenssituation erwartungsgemäß gut kompensieren können, sodass die empfundene Armutsgefährdung weit geringer ausfällt.

³⁴ Zwecks Vergleichbarkeit wird für alle Familientypen der gleiche Bereich an potentiellen kinderzahl-abhängigen Transfers dargestellt.

4.3.2 Familie 2: Familie mit drei bereits etwas älteren Kindern

Etwas deutlicher tritt die erweiterte Armutsgefährdung bei einer etwas älteren Familie mit drei Kindern im Alter von 13, 14 und 17 Jahren in Erscheinung. Dieser Haushalt verfügt über laufende Einkommen von jährlich € 30.000,-. Mit dem Kinderabsetzbetrag und dem rein altersabhängigen Teil der Familienbeihilfe kämen rund € 5.100,- hinzu. Geschwisterstaffel und Mehrkindzuschlag ergeben nochmals über € 810,- zusätzlich.

Abbildung 18: Reduktion der Armutsgefährdungen für Familie 2



Datenquelle: EU-SILC 2011-2013;
Simulation der Reduktion der Wahrscheinlichkeiten zur Armutsgefährdung bei Hebung der kinderzahlrelevanten Transferkomponenten

Dennoch weist auch diese Familie – ohne die kinderzahlabhängigen Transfers – eine überaus hohe anfängliche monetäre Armutsgefährdung aus (92%). Diese wird auch durch den derzeit gültigen Mehrkindzuschlag und die Geschwisterstaffel noch nicht wesentlich reduziert. Erst mit zusätzlichen Transfers von etwa € 1.800,- wäre der Bereich verlassen, in dem diese Familie rein einkommensbedingt als eher armutsgefährdet gilt, d.h. die Wahrscheinlichkeit monetären der Armutsgefährdung unter 50% sinkt.

Die Maßzahlen der erweiterten Armutsgefährdung liegen wiederum erkennbar unter der rein monetären Armutsgefährdung, jedoch allesamt höher als bei der vorigen Familie mit den zwei Volksschulkindern. Die Wahrscheinlichkeit hinreichend hoher materieller Deprivation (AG.m) liegt mit anfangs über 20% und auch im weiteren Verlauf um gut ein Drittel höher als bei Familie 1. Hier können auch früher entstandene, permanente Zahlungsverpflichtungen mit eine Rolle spielen (Kredite, Alimentationsverbindlichkeiten, u.v.m), die als solche nicht vollständig im Datensatz aufscheinen.

Die Wahrscheinlichkeit der Armutsgefährdung nach dem Konzept der sozialen Exklusion (AG.x) beginnt ohne weitere Transfers bereits bei 35% und halbiert sich erst über die gesamte Simulationsspanne bei € 3.000,-. Geringer zwar ist der Startwert der subjektiv empfun-

nen Armutsgefährdung (AG.s), diese nimmt aber – wie in sämtlichen Vergleichen – einen flacheren Verlauf, d.h. die, eigentlich niedrige, subjektiv erfahrene Armutsgefährdung bleibt relativ konstant.

Deutlich zutage tritt die Armutsgefährdung hinsichtlich der Leistbarkeit der von den RespondentInnen als kindgerecht empfundenen Ausgaben. Ohne kinderzahlbasierter Zusatztransfers läge dieser Familientyp bereits bei einer Armutsgefährdungswahrscheinlichkeit von knapp über 50%. Dennoch – und das ist ein Ergebnis, das bei allen Familientypen erkennbar ist – geht diese Form der Armutsgefährdung am deutlichsten zurück. Im hypothetisch berechneten oberen Bereich ab € 2.500,- an Zusatztransfers wäre die Armutsgefährdung nach diesem Kriterium aus heutiger Sicht nicht mehr wahrnehmbar.

Diese einkommensmäßig knapp im armutsgefährdeten Bereich befindliche Familie dürfte diese Situation selbst nur nachrangig spüren. Dennoch wird die Armutsgefährdung von den RespondentInnen deutlicher wahrgenommen, als bei der zuvor simulierten Familie.

4.3.3 Familie 3: Familie mit drei schulpflichtigen Kindern

Familie 3 stellt den gleichen Familientyp dar, wie Familie 2, die Kinder (7, 8,11) sind aber jeweils um sechs Jahre jünger. Das Haushaltseinkommen ohne den berücksichtigten Familientransfers (FBH, KAB, MKZ) beläuft sich auch € 26.500,-. Die Differenz von (real) € 3.500,- Erwerbseinkommen bei Familie 2 innerhalb von 6 Jahren ist nicht alleine auf starken Zuverdienst des Hauptverdieners, sondern v.a. auf höhere Erwerbspartizipation der beiden Partner rückführbar. Vor allem Mütter arbeiten mehr Wochenstunden, nachdem die Volksschulzeit vorüber ist, obwohl sie auch schon in diesem Familienabschnitt am Arbeitsmarkt verstärkt partizipieren. Dennoch variieren Erwerbspartizipation und Einkommen in dieser Phase so stark, dass bei diesem Familientyp hohe Schwankungsbreiten der monetären Armutsgefährdung feststellbar sind³⁵. Andererseits muss erkannt werden, dass dieser Familientyp gemäß der Steigung der Wahrscheinlichkeit der monetären Armutsgefährdung (AG) noch recht weit hat, bis er wohl aus dieser Form der Armutsgefährdung herauskommt. Erst ein Zuverdienst bzw. ein Zusatztransfer von € 2.500,- brächte ihn rechnerisch aus der monetären Armutsgefährdung heraus.

Wiederum ist eine Hebung sämtlicher Maßzahlen der erweiterten Armutsgefährdung erkennbar. Materiell depriviert dürften sich ohne kinderzahlabhängige Transfers gut ein Viertel der Personen in solchen Familien sein. Modellgemäß reduziert sich die Deprivation (AG.m) bereits mit zusätzlichen Transfers von € 1.500,- auf die Hälfte, es werden jedoch derzeit, wie im Fall davor, nur knapp über € 810,- gewährt, wo noch ca. 18% der Familien hinreichend Indikatoren zur materiellen Deprivation ausweisen.

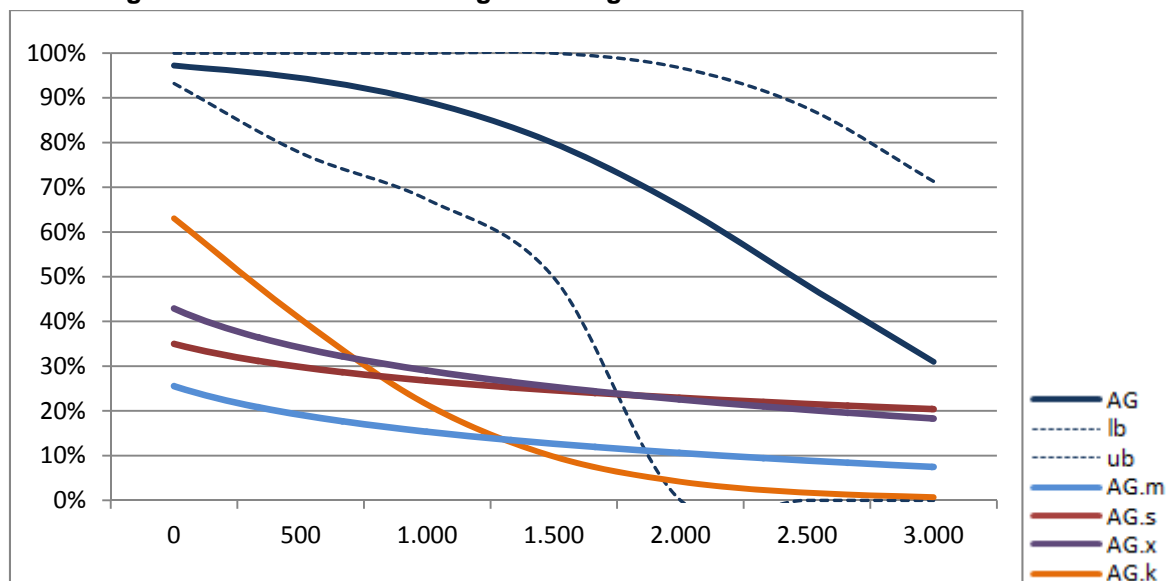
Die auf soziale Exklusion rückführbare Armutsgefährdung (AG.x) beginnt bereits in einem Bereich, der mit über 40% bereits nahe im armutsgefährdeten Raum liegt, bzw. anders ausgedrückt, empfinden sich nach dieser modellbasierten Schätzung über 40% der erwachsenen Personen dieser Familienform sozial exkludiert. Mit zusätzlichen Transferzahlungen von

³⁵ Auch ist dieser Familientyp im Datensatz verhältnismäßig schlecht besetzt

€ 3.000,-, d.h. mit den damit verbundenen Möglichkeiten v.a. der Freizeitgestaltung, sollten sich nur noch knapp 20% sozial exkludiert fühlen.

Der inzwischen bekannte Umstand, dass subjektiv empfundene Armutsgefährdung (AG.s) zwar etwas tiefer beginnt, aber flacher verläuft, ist wohl dem Umstand geschuldet, dass noch stark monetär Armutsgefährdete ihre Ausgaben permanent im Blick haben, während bereits etwas besser Gestellte weniger genau auf ihr Auskommen achten müssen. Als Konsequenz bleibt aber die Gefahr, dass die finanziellen Mittel bis zum Monatsultimo doch nicht ganz reichen, tendenziell bestehen, wenn auch zu einer etwas geringeren Wahrscheinlichkeit.

Abbildung 19: Reduktion der Armutsgefährdungen für Familie 3



Datenquelle: EU-SILC 2011-2013;
Simulation der Reduktion der Wahrscheinlichkeiten zur Armutsgefährdung bei Hebung der kinderzahlrelevanten Transferkomponenten

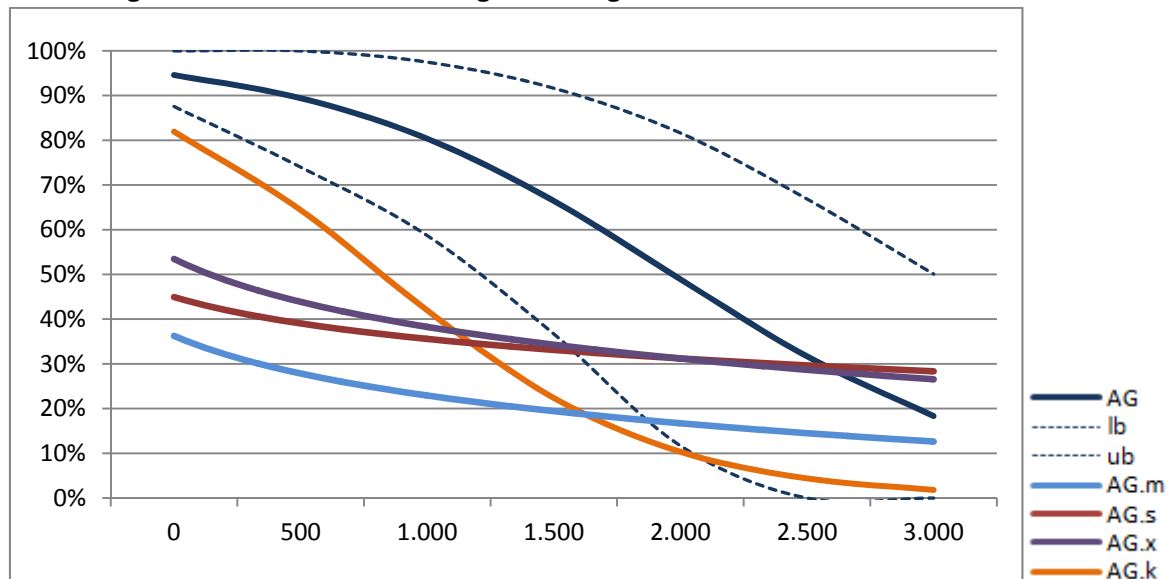
Ohne die kinderzahlabhängigen Transfers liegt die Armutsgefährdung hinsichtlich Leistbarkeit kindergerechter Ausgaben (AG.k) bereits im oberen Bereich (über 60%). Mit den gewährten Transfers sinkt diese aber rasch. Etwa 30% der Personen dieses Familientyps könnten so armutsgefährdet sein.

Insgesamt ist festzustellen, dass dieser Familientyp die feststellbare monetäre Armutsgefährdung subjektiv bereits deutlich eher spürt, als die beiden zuvor behandelten Familientypen. Dennoch verortet er sich – bei Hinzurechnung der derzeit tatsächlich gewährten kinderzahlbezogenen Transfers – in keiner der erweiterten Erfassungsweisen tendenziell als armutsgefährdet: Bei den zusätzlichen Transfers von € 810,- liegen alle Maßzahlen der erweiterten Armutsgefährdung unter 30%.

4.3.4 Familie 4: Familie mit vier bereits älteren Kindern

Die folgende Familie hat vier Kinder (Alter: 14, 14, 16, 17), verfügt über ein gemeinsames Nettoerwerbseinkommen von 34.200,- pro Jahr und lukriert für die vier Jugendlichen etwa € 7.460,- pro Jahr KAB und FBH ohne Geschwisterstaffel und Mehrkindzuschlag, die wieder gesondert simuliert werden. Eltern von vier Kindern, die auch einen Mehrkindzuschlag geltend machen können, weil sie gemeinsam nicht über € 55.000,- einkommenssteuerrelevante Einkünfte verfügen, stehen kinderzahlabhängige Transfers von insgesamt ca. € 1.650,- zu.

Abbildung 20: Reduktion der Armutsgefährdungen für Familie 4



Datenquelle: EU-SILC 2011-2013;
Simulation der Reduktion der Wahrscheinlichkeiten zur Armutsgefährdung bei Hebung der kinderzahlrelevanten Transferkomponenten

Dieser Familientyp weist ohne der kinderzahlabhängigen Transferzahlungen über 90% Wahrscheinlichkeit der monetären Armutsgefährdung (AG) aus, kommt aber mit diesen Transfers bereits in den Bereich von 60%.

Ohne die kinderzahlbedingten Transferzahlungen wären sämtliche erweiterten Armutsgefährdungswahrscheinlichkeiten ebenfalls relativ hoch anzusetzen – über 30%. Der flache Verlauf der simulierten Wahrscheinlichkeiten der Armutsgefährdung nach subjektiver Erfahrung (AG.s) und nach sozialer Exklusion (AG.x) belässt diese Maßzahlen auch dort, während die materielle Deprivation unter 20% sinkt.

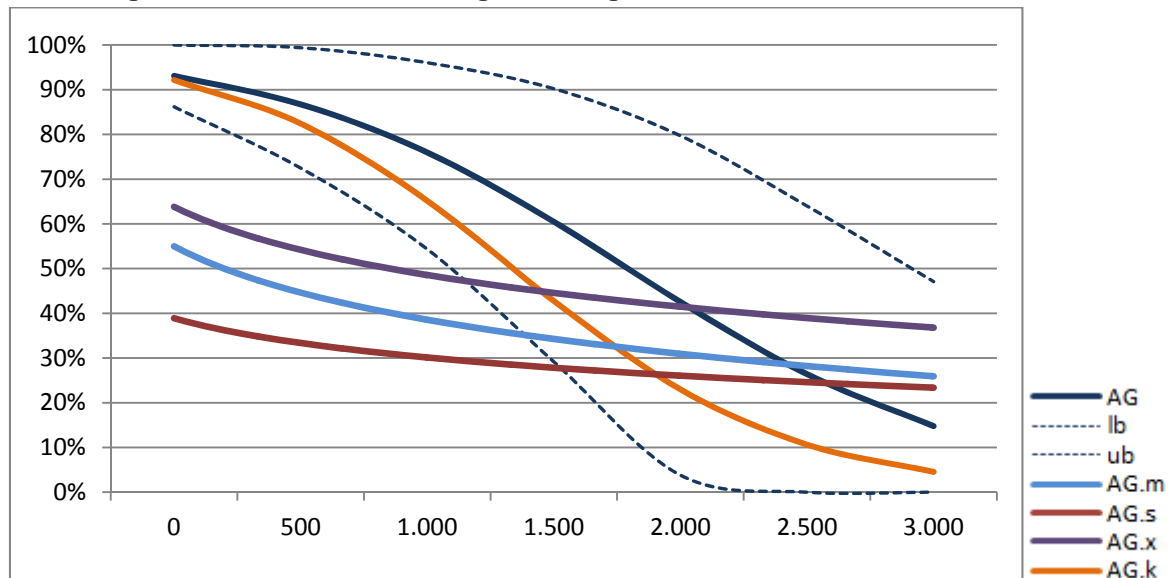
Insbesondere die Armutsgefährdung nach Leistbarkeit der kindergerechten Ausgaben (AG.k) beginnt weit im Bereich effektiver Armutsgefährdung, fällt aber, wie auch bei den vorigen Familientypen, stark ab. Im Bereich der derzeit gültigen kinderzahlabhängigen Transfers erreicht es, wie die materielle Deprivation, eine Wahrscheinlichkeit von knapp 20%.

Insgesamt ist festzuhalten, dass Familien mit vier Jugendlichen bereits hohe erweiterte Armutsgefährdungen ausweisen, obwohl die monetäre Armutsgefährdung (AG) ähnlich verläuft, wie bei den Familien zuvor.

4.3.5 Familie 5: Familie mit vier noch jungen Kindern

Der gleiche Familientyp wie zuvor, nur gedachte etwas mehr als 10 Jahre früher, schließt die Betrachtung nach simulierten Armutsgefährdungen der Familientypen ab. Die Kinder sind nun im Alter von 4, 4, 5 und 7 Jahren. Das verfügbare Einkommen ohne FBH, KAB und MKZ beträgt nun € 27.600,- jährlich, KAB und altersgestaffelte FBH (wieder ohne Geschwisterstaffel und Mehrkindzuschlag) etwa € 6.580,- pro Jahr.

Abbildung 21: Reduktion der Armutsgefährdungen für Familie 5



Datenquelle: EU-SILC 2011-2013;
Simulation der Reduktion der Wahrscheinlichkeiten zur Armutsgefährdung bei Hebung der kinderzahlrelevanten Transferkomponenten

Die monetäre Armutsgefährdung beginnt wieder bei über 90%, fällt mit den derzeit gültigen kinderzahlrelevanten Transfers (€ 1.650,-) auf 60% und würde weiter deutlich fallen, sodass bei € 3.000,- eine Wahrscheinlichkeit der Armutsgefährdung von gut 15% verbliebe.

Die materielle Deprivation (AG.m) dieser Familientypen ist erkennbar hoch. Sie übersteigt erstmals die subjektiv erfahrene Armutsgefährdung (AG.s) und kreuzt sie auch über den gesamten Beobachtungsbereich nicht mehr. Die Armutsgefährdung nach Leistbarkeit der kinderspezifischen Ausgaben (AG.k) ähnelt inzwischen stark der monetären Armutsgefährdung (AG), sinkt jedoch deutlicher mit zunehmenden kinderzahlabhängigen Zusatztransfers. Berücksichtigt man die derzeit gültige Transferhöhe, so verbleiben die Maßzahlen der erweiterten Armutsgefährdung zwischen fast 30% aber unter 50%.

Bei vier jungen Kindern ist die erweiterte Armutsgefährdung noch höher. Sie geht auch nur langsam zurück.

5 Fazit und Ausblick

Die Geschwisterstaffel und der Mehrkindzuschlag dämpfen die monetäre Armutsgefährdung, v.a. ab dem dritten Kind. Das zweite Kind generiert lediglich einen marginalen Zuschlag, der automatisch zuerkannt wird.

Wie aus den beschriebenen Beispielen ersichtlich, reduzieren sich die drei Maßzahlen der erweiterten Armutsgefährdung (1) materielle Deprivation, (2) subjektiv erfahrene Armutsgefährdung und (3) soziale Exklusion anfangs stark, im Bereich höherer zusätzlicher Transfers aber nur mehr geringfügig. Diese Maßzahlen lassen das gegenwärtige System der kinderzahlrelevanten Transferkomponenten dennoch effizient erscheinen, da die derzeitigen Transferkomponenten nicht nur nach monetären Gesichtspunkten Armutsgefährdete deutlich besser stellt, sondern auch die möglichen Senkungspotentiale an der erweiterten Armutsgefährdung weitgehend genutzt werden.

Etwas anders sieht es bei der Armutsgefährdung nach Leistbarkeit kinderspezifischer Ausgaben aus. Diese reduziert sich, gerade bei Mehrkindfamilien ab vier Kindern, mit möglicher Anhebung der kinderzahlgebundenen Transferkomponenten deutlich und weitläufig, ähnlich der monetären Armutsgefährdung. Da bei den kinderzahlbezogenen Komponenten der Familientransfers eben genau die kinderspezifischen Ausgaben im Fokus stehen, ist es anzuraten, eine zielgerichtete Schärfung dieser Transferkomponente zu prüfen.

Österreich weist mit den beiden bundesweit gültigen Transferkomponenten Geschwisterstaffel zur Familienbeihilfe und dem einkommensgeprüften Mehrkindzuschlag zur Familienbeihilfe zwei ähnliche Instrumentaria aus. Grundsätzlich stellt sich die Frage, warum diese beiden Instrumentaria nicht zusammengefasst werden. Eine Möglichkeit wäre sicher, den Mehrkindzuschlag in die Geschwisterstaffel der Familienbeihilfe zu integrieren, also die kinderzahlabhängigen Zuschläge durchgehend einkommensunabhängig zu gestalten. Dies würde wesentlich Verwaltungsaufwand sparen und auch den Transfer aus dem an sich wesensfremden Prozedere der Lohn- bzw. Einkommenssteuerveranlagung nehmen.

Andererseits wäre auch denkbar, die kinderzahlabhängige Bezuschussung durchgehend einkommensgeprüft auszuzahlen. Hierfür wäre es sinnvoll, statt der derzeit geltenden Regelung (einkommenssteuerrechtlich maßgeblicher Gesamtbetrag der Einkünfte beider Eltern bis € 55.000,- pro Jahr) zu einer familienstrukturabhängigen Berechnung des Maximaleinkommens, bis zu dem die Bezuschussung erfolgen kann, zu gelangen. So ließen sich für alle Personen in monetär armutsgefährdeten Haushalten weit höhere Transferbeträge generieren, als derzeit vorgesehen. Die Einkommensgrenze sollte direkt an die errechnete Armutsgefährdungsschwelle des Vorjahres gekoppelt sein. Beispielsweise wäre denkbar, hierfür die Armutsgefährdungsschwelle mit einem geringfügigen Aufschlag zu versehen. Um Schwelleneffekte zu minimieren, dürfte diese Grenze nicht abrupt schlagend werden, sondern es sollte auch ein Bereich des Ausschleifens des Zuschusses eingeplant werden.

Welche Volumina werden für die derzeitigen Regelungen aufgewendet? Im Jahre 2013 wurden für die Geschwisterstaffel € 150,9 Mio. aufgewendet. Die beschlossenen Reformen werden – bei gleicher Fallzahl – etwa € 158 Mio. im Jahr 2015, € 162 Mio. für 2016 und € 166 Mio. ab 2018 erfordern. Zusätzlich sind jährlich rund € 30 Mio. für den Mehrkindzuschlag anzusetzen.

Wie in den für diese Studie angefertigten Simulationen ersichtlich ist, weisen die untersuchten Transferkomponenten eine zumindest mittlere Effektivität aus. Bei Familien mit vier Kindern wird die Wahrscheinlichkeit der monetären Armutsgefährdung fast auf die Hälfte reduziert. Sollte in mittelbarer Zukunft jedoch die politische Entscheidung fallen, die beiden kinderzahlbezogenen Transferkomponenten zu einer zusammenzuführen, und mit den vorhandenen Volumina die Effizienz hinsichtlich monetärer Armutsgefährdung und/oder Armutsgefährdung hinsichtlich der Leistbarkeit von kinderspezifischen Ausgaben zu schärfen, böte sich die oben beschriebene Umstellung an. Ein konkreter Designvorschlag würde aber die Aufgabenstellung der vorliegenden Studie überschreiten.

Die Ergebnisse dieser Studie zeigen, dass die kinderzahlbezogenen Transferkomponenten, vor allem was die sogenannten weichen Armutsindikatoren betrifft, anfangs durchaus als effektiv zu sehen sind. Bei höheren zusätzlichen Transfers verflacht sich aber der Rückgang der erweiterten Armutsgefährdung nach diesen weichen Armutsindikatoren. Zusätzliche Transfers schaffen immer weniger Verbesserungen des subjektiven Empfindens.

Dennoch wurde auch Konkretisierungsbedarf identifiziert, vor allem was die Effizienz der Schmälerung der Armutsgefährdung hinsichtlich Leistbarkeit kindergerechter Ausgaben betrifft. Es muss bemerkt werden, dass die Indikatoren für dieses Maß der Armutsgefährdung nur einen exemplarischen Auszug der kinderbezogenen Kosten darstellen. Insofern ist die vorliegende Arbeit keine Empfehlung für die zielgerichtete Schärfung der kinderzahlbezogenen Transferkomponenten, sondern vielmehr eine Anregung zur dezidierten Untersuchung der Kostenstruktur österreichischer Familien, um daraus eine umfassende Aufstellung der kindgerechten Ausgaben zu erstellen. Erst damit können auch Instrumente der zielgerichteten Armutsbekämpfung in kinderreichen Familien entwickelt werden.

Appendix

Appendix-Tabelle 1: Materielle Deprivation von Kindern – Haushaltsausstattung

	0	1	2	3	4	5	6	7	8
Austria	50%	33%	13%	3%	1%	0%	0%	0%	0%
Belgium	49%	38%	8%	4%	1%	0%	0%	0%	0%
Bulgaria	1%	34%	40%	13%	7%	3%	2%	0%	0%
Cyprus	14%	62%	20%	4%	0%	0%	0%	0%	0%
Czech Republic	28%	50%	15%	5%	2%	0%	0%	0%	0%
Germany	66%	19%	8%	4%	2%	0%	0%	0%	0%
Denmark	75%	21%	3%	1%	0%	0%	0%	0%	0%
Estonia	55%	29%	13%	2%	0%	0%	0%	0%	0%
Spain	35%	50%	10%	4%	1%	0%	0%	0%	0%
Finland	63%	31%	5%	1%	0%	0%	0%	0%	0%
Greece	18%	61%	13%	6%	1%	0%	0%	0%	0%
Hungary	10%	43%	23%	12%	7%	3%	1%	0%	0%
Ireland	33%	46%	12%	5%	3%	1%	0%	0%	0%
Iceland	61%	30%	6%	2%	1%	0%	0%	0%	0%
Italy	19%	53%	16%	8%	3%	1%	1%	0%	0%
Lithuania	18%	50%	18%	10%	4%	1%	0%	0%	0%
Luxembourg	73%	23%	3%	0%	0%	0%	0%	0%	0%
Latvia	20%	39%	23%	10%	6%	2%	0%	0%	0%
Netherlands	71%	24%	4%	1%	0%	0%	0%	0%	0%
Norway	76%	20%	4%	1%	0%	0%	0%	0%	0%
Poland	25%	42%	18%	11%	4%	0%	0%	0%	0%
Portugal	13%	45%	30%	8%	2%	1%	0%	0%	0%
Romania	9%	24%	27%	19%	11%	7%	3%	1%	0%
Sweden	72%	19%	6%	3%	0%	0%	0%	0%	0%
Slovenia	32%	57%	9%	2%	0%	0%	0%	0%	0%
Slovak Republic	18%	43%	26%	11%	2%	0%	0%	0%	0%
United Kingdom	41%	41%	12%	5%	1%	0%	0%	0%	0%
OECD-22	45%	37%	12%	4%	1%	0%	0%	0%	0%

Anteil der Kinder, die zu einer oder mehreren befragten Haushaltsausstattungen mangels finanzieller Möglichkeiten keinen Zugang haben

*Quelle: OECD-Family-Database
basierend auf EU-SILC 2010-2011*

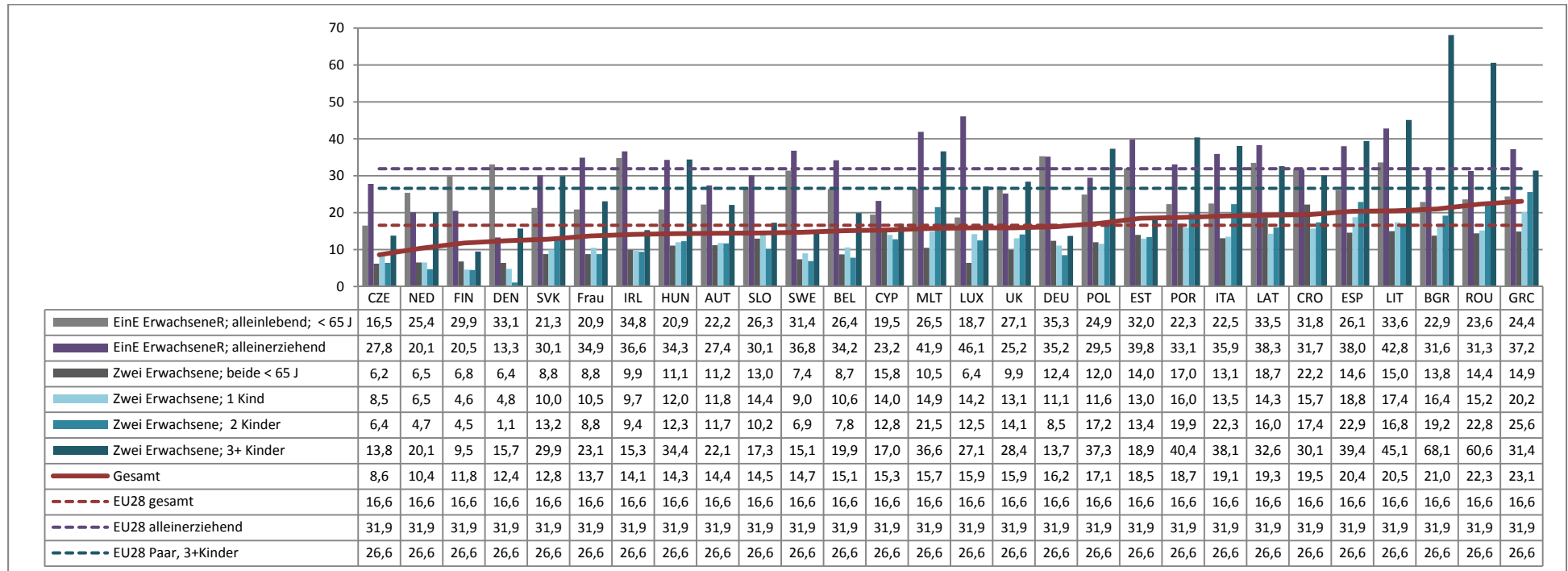
Appendix-Tabelle 2: Materielle Deprivation von Kindern – Bildungsinfrastruktur im Haushalt

	0	1	2	3	4	5	6	7	8
Australia	59%	23%	10%	5%	2%	1%	0%	0%	0%
Austria	39%	35%	18%	6%	2%	1%	0%	0%	0%
Belgium	52%	29%	10%	6%	2%	1%	0%	0%	0%
Canada	49%	27%	13%	6%	3%	1%	0%	0%	0%
Switzerland	42%	39%	13%	4%	1%	0%	0%	0%	0%
Chile	14%	18%	14%	21%	19%	10%	3%	1%	0%
Czech Republic	42%	31%	11%	11%	3%	1%	0%	0%	0%
Germany	53%	29%	11%	4%	2%	0%	0%	0%	0%
Denmark*	47%	34%	13%	4%	1%	0%	0%	0%	0%
Spain	34%	35%	15%	11%	3%	1%	0%	0%	0%
Estonia	46%	27%	11%	11%	3%	1%	0%	0%	0%
Finland	34%	42%	14%	7%	3%	1%	0%	0%	0%
France*	34%	37%	13%	11%	3%	1%	0%	0%	0%
United Kingdom	56%	23%	11%	6%	3%	1%	1%	0%	0%
Greece	16%	23%	21%	21%	13%	5%	1%	0%	0%
Hungary	26%	33%	21%	13%	5%	2%	1%	0%	0%
Ireland	45%	25%	14%	9%	4%	2%	1%	0%	0%
Iceland	61%	27%	8%	3%	1%	0%	0%	0%	0%
Israel	65%	18%	6%	5%	3%	1%	0%	0%	0%
Italy	40%	33%	14%	10%	2%	1%	0%	0%	0%
Japan	10%	32%	23%	19%	11%	4%	1%	0%	0%
Korea	42%	28%	17%	8%	3%	1%	0%	0%	0%
Luxembourg	46%	34%	12%	6%	2%	1%	0%	0%	0%
Mexico	13%	15%	10%	27%	19%	11%	4%	1%	0%
Netherlands	46%	33%	16%	4%	1%	0%	0%	0%	0%
Norway	59%	28%	8%	3%	1%	1%	0%	0%	0%
New Zealand	54%	24%	11%	6%	3%	2%	1%	0%	0%
Poland	39%	29%	9%	16%	4%	1%	1%	0%	0%
Portugal	38%	30%	14%	12%	4%	1%	0%	0%	0%
Slovak Republic	23%	30%	22%	15%	6%	3%	1%	1%	0%
Slovenia	61%	25%	9%	4%	1%	0%	0%	0%	0%
Sweden	42%	34%	14%	7%	2%	1%	0%	0%	0%
Turkey	13%	14%	9%	33%	15%	9%	3%	2%	1%
United States	48%	21%	13%	8%	5%	3%	1%	1%	0%
OECD-34 avg	41%	28%	13%	10%	5%	2%	1%	0%	0%

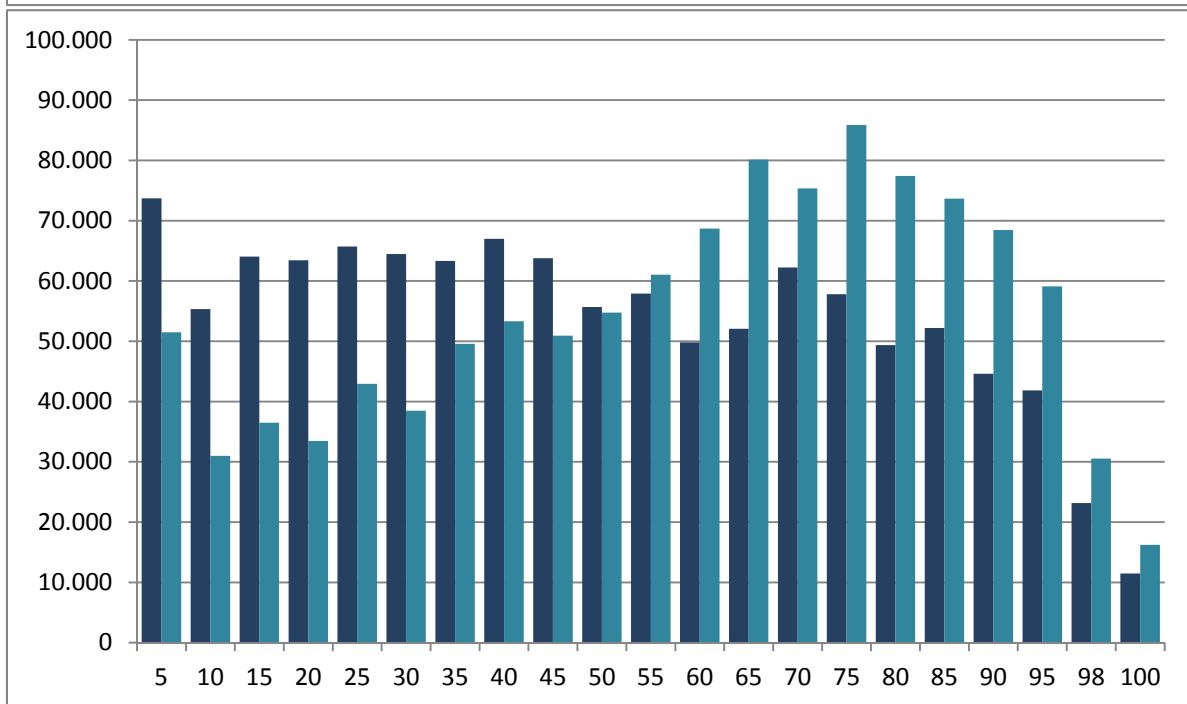
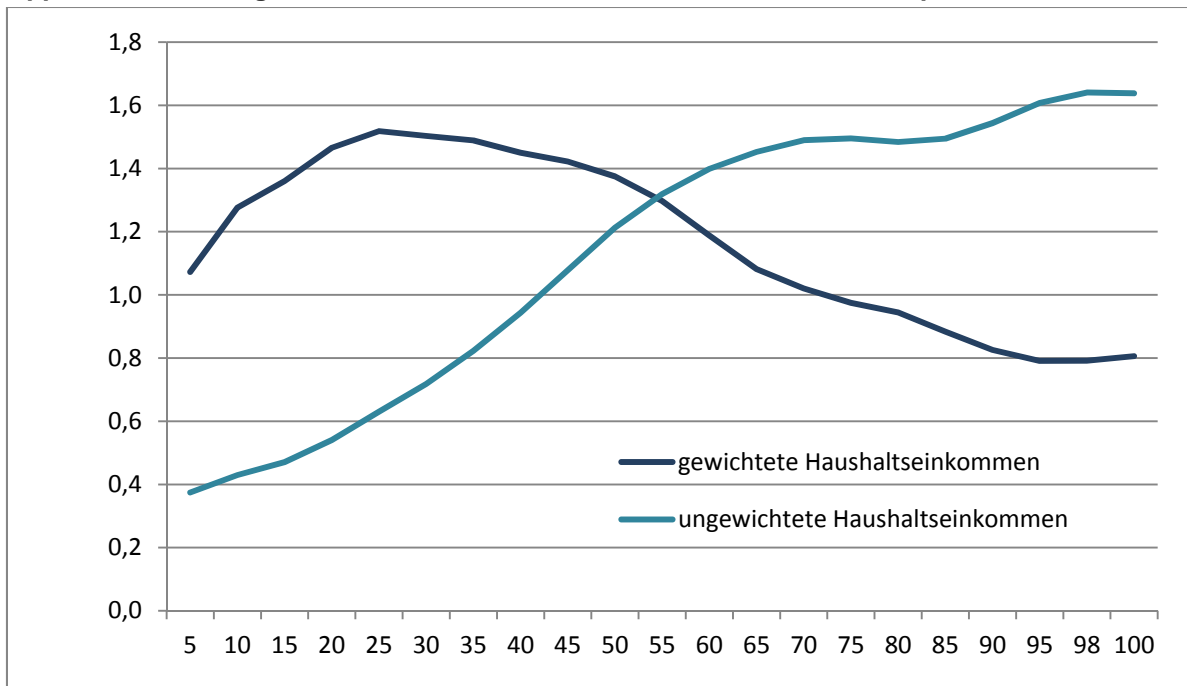
Anteil der Kinder, die zu einer oder mehreren befragten Haushaltsausstattungen im Bereich Bildungsinfrastruktur mangels finanzieller Möglichkeiten keinen Zugang haben

*Quelle: OECD-Family-Database
basierend auf PISA 2012 (*2010)*

Appendix-Abbildung 1: Armutsgefährdung nach Haushaltstypen, alle EU-28; 2013



Appendix-Abbildung 2: Durchschnittliche Kinderzahl nach Einkommensperzentilen



Datenquelle: EU-SILC 2011-2013; Frauen (18 – 45);
n= 5.807; Eigene Berechnungen

Appendix-Tabelle 3: Kennzahlen der Einkommensverteilung (Personensicht)

Personen, die in Haushalten mit [...] familienbeihilfebezugsberechtigten Kindern leben					Gesamt
		0	1	2	3	4 +	
Verfügbare Haushaltseinkommen	Mittelwert	40.010,00	52.380,00	52.490,00	52.810,00	54.580,00	46.430,00
	Perzentil 10	13.730,00	22.180,00	25.620,00	28.710,00	27.310,00	16.910,00
	Perzentil 25	21.490,00	34.210,00	35.630,00	35.900,00	35.540,00	27.010,00
	Median	33.620,00	48.520,00	47.280,00	47.240,00	47.850,00	41.250,00
	Perzentil 75	51.990,00	66.890,00	62.750,00	63.400,00	65.110,00	58.850,00
	Perzentil 90	73.040,00	84.080,00	82.370,00	84.450,00	85.900,00	79.740,00
	SE	13,62	22,89	22,02	31,72	63,68	9,98
	STD	27.580,54	28.506,08	29.064,90	26.503,15	32.162,07	28.832,92
	Anzahl (N)	4.098.200,00	1.550.900	1.741.900	698.200	255.100	8.344.300
	Stichprobe (n)	20.239	7.449	8.796	3.414	1.195	41.093
Äquivalenz-Einkommen der Haushalte	Mittelwert	26.240,00	25.710,00	22.480,00	19.410,00	17.210,00	24.510,00
	Perzentil 10	9.210,00	9.680,00	9.760,00	9.040,00	7.550,00	9.250,00
	Perzentil 25	16.910,00	17.920,00	16.000,00	14.170,00	11.510,00	16.170,00
	Median	23.840,00	24.110,00	20.490,00	17.810,00	15.440,00	22.000,00
	Perzentil 75	32.110,00	30.660,00	26.010,00	22.570,00	20.400,00	29.520,00
	Perzentil 90	51.080,00	46.790,00	41.360,00	35.860,00	30.460,00	47.170,00
	SE	7,83	10,21	8,78	10,41	19,95	4,86
	STD	15.852,87	12.718,41	11.587,86	8.696,22	10.073,67	14.048,12
	Anzahl (N)	4.098.200	1.550.900	1.741.900	698.200	255.100	8.344.300
	Stichprobe (n)	20.239	7.449	8.796	3.414	1.195	41.093

Datenquelle: EU-SILC 2011-2013
n= 41.093; Eigene Berechnungen

Appendix-Tabelle 4: Kennzahlen der Einkommensverteilung (Kindersicht)

Familienbeihilfe- bezugsberechtigte Kinder ...		, die in Haushalten mit [...] anderen familienbeihilfebezugsberechtigten Kindern leben				
		0	1	2	3 +	Gesamt
Verfügbare Haushaltseinkommen; Nettojahreseinkünfte der Haushalte	Mittelwert	48.560,00	50.870,00	51.490,00	53.910,00	50.660,00
	Perzentil 10	18.300,00	24.120,00	27.030,00	26.530,00	22.810,00
	Perzentil 25	29.850,00	34.360,00	35.000,00	35.530,00	33.620,00
	Median	44.740,00	46.000,00	46.310,00	46.250,00	45.870,00
	Perzentil 75	62.390,00	60.950,00	62.140,00	63.240,00	61.970,00
	Perzentil 90	81.190,00	79.810,00	83.200,00	85.250,00	81.370,00
	SE	39,32	30,98	40,40	76,52	20,26
	STD	28.356,30	28.897,67	26.066,85	31.955,23	28.510,69
	Anzahl (N)	520.100	870.100	416.300	174.400	1.980.800
	Stichprobe (n)	2.611	4.492	2.073	819	9.995
Äquivalenz-Einkommen der Haushalte (pro Jahr)	Mittelwert	24.890,00	22.220,00	19.190,00	17.050,00	21.830,00
	Perzentil 10	7.900,00	9.280,00	8.370,00	7.550,00	8.440,00
	Perzentil 25	16.860,00	15.760,00	14.020,00	11.470,00	14.920,00
	Median	23.180,00	20.340,00	17.700,00	15.090,00	19.820,00
	Perzentil 75	30.200,00	25.870,00	22.190,00	19.660,00	26.140,00
	Perzentil 90	46.520,00	40.450,00	35.200,00	30.460,00	41.880,00
	SE	18,07	12,47	13,46	23,98	8,25
	STD	13.031,86	11.630,02	8.684,18	10.015,65	11.605,27
	Anzahl (N)	520.100	870.100	416.300	174.400	1.980.800
	Stichprobe (n)	2.611	4.492	2.073	819	9.995

Datenquelle: EU-SILC 2011-2013
n= 9.995; Eigene Berechnungen

Appendix-Tabelle 5: Armutsgefährdung vor und nach sozialen Transfers (2013)

Soziodemographische Merkmale	Gesamt (=100%) in 1.000	Vor Pensionen u. Sozialleistungen			Vor Sozialleistungen			Nach Sozialleistungen			Lücke in %
		in 1.000	Anteil in %	Quote	in 1.000	Anteil in %	Quote	in 1.000	Anteil in %	Quote	
Insgesamt	8.369	3.691	100	44	2.166	100	26	1.203	100	14	21
Alter											
Bis 19 Jahre	1.783	708	19	40	664	31	37	313	26	18	18
20 bis 39 Jahre	2.019	634	17	31	564	26	28	329	27	16	28
40 bis 64 Jahre	3.100	1.035	28	33	668	31	22	334	28	11	21
65 Jahre +	1.468	1.314	36	90	270	12	18	226	19	15	21
Männer (ab 20 Jahren)											
Zusammen	3.192	1.328	100	42	696	100	22	393	100	12	24
20 bis 39 Jahre	1.022	298	22	29	263	38	26	150	38	15	29
40 bis 64 Jahre	1.536	470	35	31	339	49	22	164	42	11	21
65 Jahre +	634	560	42	88	93	13	15	79	20	13	24
Frauen (ab 20 Jahren)											
Zusammen	3.394	1.656	100	49	807	100	24	497	100	15	21
20 bis 39 Jahre	996	336	20	34	301	37	30	179	36	18	26
40 bis 64 Jahre	1.564	566	34	36	329	41	21	171	34	11	20
65 Jahre +	834	754	46	90	177	22	21	147	30	18	20
Gemeindegrößenklasse											
Wien	1.731	890	25	51	592	28	34	393	34	23	24
Andere Gemeinden > 100.000 Einw. Gemeinden >10.000 und <=100.000 Einw.	645	281	8	44	171	8	26	110	9	17	30
Gemeinden <=10.000 Einw.	1.322	610	17	46	351	16	27	182	15	14	18
4.670	1.910	52	41	1.053	49	23	518	43	11	19	
Staatsbürgerschaft											
Österreich	7.377	3.118	84	42	1.654	76	22	879	73	12	19
darunter eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	324	149	4	46	121	6	37	58	5	18	18
Nicht Österreich	992	573	16	58	512	24	52	324	27	33	29
EU/EFTA	374	175	5	47	159	7	43	125	10	33	39
sonstiges Ausland	618	398	11	64	354	16	57	199	17	32	24
Haushalte mit Pension											
Zusammen	1.538	1.469	100	95	238	100	15	210	100	14	20
Alleinlebende Männer	147	142	10	97	18	7	12	16	8	11	17
Alleinlebende Frauen	300	296	20	99	77	32	26	71	34	24	18
Mehrpersonenhaushalt	1.092	1.030	70	94	143	60	13	123	59	11	22
Haushalte ohne Pension											
Zusammen	6.830	2.223	100	33	1.929	100	28	992	100	15	23
Alleinlebende Männer	446	149	17	33	146	22	33	94	24	21	26
Alleinlebende Frauen	465	246	29	53	143	22	31	117	30	25	21
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	1.996	465	54	23	362	56	18	179	46	9	29
Haushalte mit Kindern											
Zusammen	3.923	1.363	100	35	1.278	100	33	602	100	15	18
Ein-Eltern-Haushalt	325	183	13	56	178	14	55	88	15	27	23
MPH + 1 Kind	1.441	318	23	22	300	24	21	156	26	11	25
MPH + 2 Kinder	1.453	441	32	30	398	31	27	163	27	11	19
MPH + mind. 3 Kinder	705	420	31	60	401	31	57	195	32	28	13

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2013
Auszug; Erstellt am 22.10.2014

Appendix-Tabelle 6: Senkung der direkten Armutsgefährdung durch FBH, KAB und MKZ

PERSONEN	<i>beta</i>	<i>sig.</i>	<i>OR</i>	Kinder	<i>beta</i>	<i>sig.</i>	<i>OR</i>
Einkommen ohne FL	-,0035	***	0,9965	Einkommen ohne FL	-,0019	***	0,9981
FBH, KAB	-,0036	***	0,9964	FBH, KAB	-,0023	***	0,9977
GS + MKZ	-,0015	***	0,9985	Erwachsene im HH	25,533	***	1,23E+11
Erwachsene im HH	45,275	***	4,60E+19	Kinder 0-2	16,346	***	1,26E+07
Kinder 0-2	45,348	***	4,95E+19	Kinder 3-5	14,824	***	2,74E+06
Kinder 3-5	44,901	***	3,16E+19	Kinder 6-10	13,744	***	9,31E+05
Kinder 6-10	43,947	***	1,22E+19	Kinder 10-14	19,049	***	1,87E+08
Kinder 10-14	55,610	***	1,42E+24	Kinder 15-18	18,767	***	1,41E+08
Kinder 15-18	46,418	***	1,44E+20	Kinder 19-24	17,927	***	6,11E+07
Kinder 19-24	46,206	***	1,17E+20	Konstante	-2,945	***	5,26E-02
N Nag. R ² -2LL	41093	,989	1378,6	N Nag. R ² -2LL	9755	,961	575,4

Logistische Regression; Datenquelle EU-SILC2011-2013
 Einkommen ohne FL: Verf. Haushaltseinkommen Abzüglich FBH, KAB und MKZ
 FBH, KAB: Familienbeihilfe (ohne Geschwisterstaffel) plus Kinderabsetzbetrag
 GS + MKZ: Geschwisterstaffel zur FBH plus Mehrkindzuschlag
 (in der Personengleichung wurde die Konstante aufgrund Insignifikanz und Geringfügigkeit ausgeschlossen)
 Signifikanzausweise: *** <0,01; ** <0,05; * <0,1

Appendix-Tabelle 7: Senkung der materiellen Deprivation durch FBH, KAB und MKZ

PERSONEN	<i>beta</i>	<i>sig.</i>	<i>OR</i>	Kinder	<i>beta</i>	<i>sig.</i>	<i>OR</i>
Einkommen ohne FL	-,379	***	0,685	Einkommen ohne FL	-,2537	***	0,776
FBH, KAB	-,105	***	0,900	GS + MKZ	-,1738	***	0,840
GS + MKZ	-,188	***	0,829	Erwachsene im HH	-1,3959	***	0,248
Erwachsene im HH	-,874	***	0,417	Kinder 0-2	3,6805	***	39,667
Kinder 0-2	3,642	***	38,175	Kinder 3-5	3,3859	***	29,545
Kinder 3-5	3,663	***	38,996	Kinder 6-10	3,0721	***	21,587
Kinder 6-10	3,274	***	26,411	Kinder 10-14	2,6348	***	13,940
Kinder 10-14	2,999	***	20,072	Kinder 15-18	1,7170	***	5,568
Kinder 15-18	1,886	***	6,596	Kinder 19-24	1,3964	***	4,041
Kinder 19-24	1,596	***	4,931	Konstante	1,1763	***	3,242
Konstante	2,465	***	11,766	N Nag. R ² -2LL	9755	,153	5758,8
N Nag. R ² -2LL	41093	,111	20734,8				

Logistische Regression; Datenquelle EU-SILC2011-2013
 Einkommen ohne FL: Verf. Haushaltseinkommen Abzüglich FBH, KAB und MKZ
 FBH, KAB: Familienbeihilfe (ohne Geschwisterstaffel) plus Kinderabsetzbetrag
 GS + MKZ: Geschwisterstaffel zur FBH plus Mehrkindzuschlag
 (die Einkommensbestandteile gehen in logarithmierter Form in die Regression ein)
 Signifikanzausweise: *** <0,01; ** <0,05; * <0,1

Appendix-Tabelle 8: Senkung der subjektiv empfundenen Armutsgefährdung

PERSONEN	beta	sig.	OR	Kinder	beta	sig.	OR
Einkommen ohne FL	-,427	***	0,652	Einkommen ohne FL	-,2314	***	0,793
FBH, KAB	-,076	***	0,927	GS + MKZ	-,0917	***	0,912
GS + MKZ	-,098	***	0,907	Erwachsene im HH	-1,0917	***	0,336
Erwachsene im HH	-,485	***	0,616	Kinder 0-2	2,5461	***	12,757
Kinder 0-2	2,607	***	13,560	Kinder 3-5	1,5890	***	4,899
Kinder 3-5	1,803	***	6,067	Kinder 6-10	2,3292	***	10,270
Kinder 6-10	2,385	***	10,856	Kinder 10-14	2,0314	***	7,625
Kinder 10-14	2,302	***	9,994	Kinder 15-18	1,2313	***	3,426
Kinder 15-18	1,310	***	3,708	Kinder 19-24	1,2108	***	3,356
Kinder 19-24	1,319	***	3,738	Konstante	1,4499	***	4,263
Konstante	3,143	***	23,163	N Nag. R ² -2LL	9755	,108	8357,5
N Nag. R ² -2LL	41093	,086	31491,1				

Logistische Regression; Datenquelle EU-SILC2011-2013
 Einkommen ohne FL: Verf. Haushaltseinkommen Abzüglich FBH, KAB und MKZ
 FBH, KAB: Familienbeihilfe (ohne Geschwisterstaffel) plus Kinderabsetzbetrag
 GS + MKZ: Geschwisterstaffel zur FBH plus Mehrkindzuschlag
 (die Einkommensbestandteile gehen in logarithmierter Form in die Regression ein)
 Signifikanzausweise: *** <0,01; ** <0,05; * <0,1

Appendix-Tabelle 9: Senkung der sozialen Exklusion durch FBH, KAB und MKZ

PERSONEN	beta	sig.	OR	Kinder	beta	sig.	OR
Einkommen ohne FL	-,388	***	0,678	Einkommen ohne FL	-,2178	***	0,804
FBH, KAB	-,072	***	0,931	GS + MKZ	-,1594	***	0,853
GS + MKZ	-,156	***	0,856	Erwachsene im HH	-,4072	***	0,666
Erwachsene im HH	,170	***	1,185	Kinder 0-2	2,6225	***	13,770
Kinder 0-2	2,489	***	12,051	Kinder 3-5	2,5339	***	12,602
Kinder 3-5	2,658	***	14,274	Kinder 6-10	2,6596	***	14,291
Kinder 6-10	2,662	***	14,329	Kinder 10-14	2,1788	***	8,836
Kinder 10-14	2,225	***	9,251	Kinder 15-18	1,4239	***	4,153
Kinder 15-18	1,506	***	4,508	Kinder 19-24	1,6471	***	5,192
Kinder 19-24	1,694	***	5,439	Konstante	,5601	**	1,751
Konstante	2,012	***	7,475	N Nag. R ² -2LL	9755	,085	9335,8
N Nag. R ² -2LL	41093	,059	36179,4				

Logistische Regression; Datenquelle EU-SILC2011-2013
 Einkommen ohne FL: Verf. Haushaltseinkommen Abzüglich FBH, KAB und MKZ
 FBH, KAB: Familienbeihilfe (ohne Geschwisterstaffel) plus Kinderabsetzbetrag
 GS + MKZ: Geschwisterstaffel zur FBH plus Mehrkindzuschlag
 (die Einkommensbestandteile gehen in logarithmierter Form in die Regression ein)
 Signifikanzausweise: *** <0,01; ** <0,05; * <0,1

Appendix-Tabelle 10: Senkung der kinderspezifischen Armutsgefährdung

PERSONEN	<i>beta</i>	<i>sig.</i>	<i>OR</i>	Kinder	<i>beta</i>	<i>sig.</i>	<i>OR</i>
Einkommen ohne FL	-,0001	***	0,9999	Einkommen ohne FL	-,0001	***	0,9999
FBH, KAB	-,0018	***	0,9982	FBH, KAB	-,0006	***	0,9994
Erwachsene im HH	,194	**	1,215	Erwachsene im HH	-,067		0,935
Kinder 0-2	6,085	***	439,229	Kinder 0-2	2,873	***	17,686
Kinder 3-5	6,679	***	795,157	Kinder 3-5	3,508	***	33,382
Kinder 6-10	6,684	***	799,793	Kinder 6-10	3,891	***	48,939
Kinder 10-14	6,718	***	827,360	Kinder 10-14	3,546	***	34,674
Kinder 15-18	3,391	***	29,684	Kinder 15-18	1,719	***	5,577
Kinder 19-24	3,196	***	24,432	Kinder 19-24	1,330	***	3,781
Konstante	-4,345	***	0,013	Konstante	-2,476	***	0,084
N Nag. R ² -2LL	41093	,343	9621,3	N Nag. R ² -2LL	9755	,245	4974,5

Logistische Regression; Datenquelle EU-SILC2011-2013
Einkommen ohne FL: Verf. Haushaltseinkommen Abzüglich FBH, KAB und MKZ
FBH, KAB: Familienbeihilfe (ohne Geschwisterstaffel) plus Kinderabsetzbetrag
GS + MKZ: Geschwisterstaffel zur FBH plus Mehrkindzuschlag
*Signifikanzausweise: *** <0,01; ** <0,05; * <0,1*

Literaturverzeichnis

Armutskonferenz (Hg.) (2012): MONITORING „BEDARFSORIENTIERTE MINDESTSICHERUNG“. Analyse und Vergleich der Länderbestimmungen zur Bedarfsorientierten Mindestsicherung 2011. Unveröffentlichtes Manuskript, August 2012.

Armutskonferenz (Hg.) (2012): Zusammenfassung: MONITORING „BEDARFSORIENTIERTE MINDESTSICHERUNG“. Analyse und Vergleich der Länderbestimmungen zur Bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS) 2011 - Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse der Matrix. Unveröffentlichtes Manuskript, August 2012.

Badelt, Christoph (Hg.) (1994): Familien zwischen Gerechtigkeitsidealen und Benachteiligungen. Wien u.a.: Böhlau (Sozialpolitische Schriften, 3).

Bakic, Josef (2014): Jugend und Armut. In: Dimmel, Nikolaus; Schenk, Martin; Stelzer-Orthofer, Christine (Hg.): Handbuch Armut in Österreich. 2., vollst. überarb. u. erw. Aufl. Innsbruck - Wien - Bozen: Studienverl.

Biffi, Gudrun; Dimmel, Nikolaus; Rosner, Peter G.; Wohlfahrt, Gerhard (2014): Effizienz und Effektivität sozial- und wohlfahrtsstaatlicher Transfersleistungen. In: Dimmel, Nikolaus; Schenk, Martin; Stelzer-Orthofer, Christine (Hg.): Handbuch Armut in Österreich. 2., vollst. überarb. u. erw. Aufl. Innsbruck - Wien - Bozen: Studienverl.

Bund (2012): Verordnung des Bundesministers für Wirtschaft, Familie und Jugend über die Abschätzung der Auswirkungen auf junge Menschen im Rahmen der wirkungsorientierten Folgenabschätzung bei Regelungsvorhaben und sonstigen Vorhaben. WFA-KJV, vom 21.12.2012. Fundstelle: BGBl 2012/Verordnung 495.

Dimmel, Nikolaus (2014): Kinderarmut. In: Dimmel, Nikolaus; Schenk, Martin; Stelzer-Orthofer, Christine (Hg.): Handbuch Armut in Österreich. 2., vollst. überarb. u. erw. Aufl. Innsbruck - Wien - Bozen: Studienverl.

Dimmel, Nikolaus; Schenk, Martin; Stelzer-Orthofer, Christine (Hg.) (2014): Handbuch Armut in Österreich. 2., vollst. überarb. u. erw. Aufl. Innsbruck - Wien - Bozen: Studienverl.

EUROSTAT (2010): Income and living conditions in Europe. Herausgegeben von Eric Marlier Anthony B. Atkinson. Bruxelles. (EUROSTAT Staistical Books).

Festl, Eva; Lutz, Hedwig; Schratzenstaller, Margit (2010): Mögliche Ansätze zur Unterstützung von Familien. WIFO - Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. Wien.

Matzner, Mario (2010): Volkswirtschaftliche Wirkungsanalyse von Sozialpolitik und Sozialtransfers. Herausgegeben von Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark. Graz.

Moritz, Maria (2014): BEDARFSORIENTIERTE MINDESTSICHERUNG. Was läuft schief? Was würde Soziale Arbeit anders, besser machen? Kurzfassung. Herausgegeben von ODBS (Österreichischer Berufsverband der SozialarbeiterInnen).

Moritz, Maria (2014): ODBS-Umfrage zur Mindestsicherung (BMS). Präsentation der Ergebnisse. Herausgegeben von ODBS (Österreichischer Berufsverband der SozialarbeiterInnen).

Neuwirth, Norbert; Baierl, Andreas; Festl, Eva; Wernhart, Georg (2010): Tatra.at. Tax and Transfer Simulator for Austria. Eine Mikrosimulationsplattform zu Reformen der bundesweiten Steuer- und Transferregelungen. Wien (ÖIF-Forschungsbericht, 4).

Neuwirth, Norbert; Wernhart, Georg (2015): Steuererleichterungen für Familien (2015). Wien.

Pfeil, Walter (10.10.2014): Mindestsicherung in Ö: Einführung und Evaluation. Keynote zur Mindestsicherungs-Konferenz: Österr. Realitäten und Europ. Perspektiven. Veranstaltung vom 10.10.2014. Salzburg. Veranstalter: Armutskonferenz.

Rille-Pfeiffer, Christiane ea. (2014): Konzept der Wirkungsanalyse „Familienpolitik“ in Österreich, Zieldimension – Bewertungskriterien – Module. Wien. ÖIF-Forschungsbericht 12.

Rosner, Peter G.; Wrohlich, Katharina (2003): Bedarfsorientierte Grundsicherung für Familien. In: Tálos, Emmerich (Hg.): Bedarfsorientierte Grundsicherung. Wien: Mandelbaum, S. 192–195.

Schenk, Martin: Mythos Mindestsicherung, 2014.

STATISTIK AUSTRIA (22.10.2014): Tabellenband EU-SILC 2013. Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Wien.

Stiglitz, Joseph; Sen, Amartya; Fitoussi, Jean-Paul (2010): Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress.

Stiglitz, Joseph; Sen, Amartya; Fitoussi, Jean-Paul (2010): The Measurement of Economic Performance and Social Progress Revisited. Reflections and Overview.

Tálos, Emmerich (Hg.) (2003): Bedarfsorientierte Grundsicherung. Wien: Mandelbaum.

Till, Matthias; Till-Tenschert, Ursula (2014): Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. In: Dimmel, Nikolaus; Schenk, Martin; Stelzer-Orthofer, Christine (Hg.): Handbuch Armut in Österreich. 2., vollst. überarb. u. erw. Aufl. Innsbruck - Wien - Bozen: Studienverl.

UNICEF Child Well-Being in Rich Countries, March 2013

UNICEF: Measuring Child Poverty, New league tables of child poverty in the world's rich countries; Geneva, May 2012

Wernhart, Georg (2014): Das Auskommen mit dem Einkommen. Auswirkungen von familienrelevanten Transfers und Steuererleichterungen auf die Einkommenssituation von Familien in Österreich. Wirkungsanalyse der familienpolitischen Leistungen des Bundes – Modul 2. Unveröffentlichtes Manuskript, 2014, Wien.

Wrohlich, Katharina (2003): Armutsrisiken von Familien. In: Tálos, Emmerich (Hg.): Bedarfsorientierte Grundsicherung. Wien: Mandelbaum, S. 64–97.

Kurzbiografien der Autoren

Mag. Norbert Neuwirth

Ökonom

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Österreichischen Institut für Familienforschung an der Universität Wien mit den Schwerpunkten Demografische Entwicklungen, Kinderwunsch, Vereinbarkeit von Erwerb und Familie. Koordinierender Gesamtprojektleiter des Generations and Gender Programme (GGP) für Österreich.

Kontakt: norbert.neuwirth@oif.ac.at

Mag. Georg Wernhart

Ökonom

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Österreichischen Institut für Familienforschung (ÖIF) an der Universität Wien mit den Schwerpunkten sozio-ökonomische Situation von Familien, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Generationenbeziehungen, Geschlechterrollen, (Familien-)Werte und deren Wandel.

Kontakt: georg.wernhart@oif.ac.at

Bei der Erstellung dieses Berichts haben sämtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ÖIF mitgewirkt.

Zuletzt erschienene Working Paper des ÖIF

Kostenfrei erhältlich über die Homepage www.oif.ac.at/publikationen/working_paper

Wernhart, Georg, Kinn Michael (2015): Auskommen mit dem Einkommen. Auswirkungen von familienrelevanten Transfers und Steuererleichterungen auf die Einkommenssituation von Familien in Österreich. Working Paper 84/2015

Neuwirth Norbert, Wernhart Georg (2015): Steuererleichterungen für Familien. Berechnungen zu den aktuellen Tarifänderungen und der Erhöhung des Kinderfreibetrags gemäß der Steuerreform 2016. Working Paper 83/2015

Dörfler Sonja, Blum Sonja, Kaindl Markus (2014): Europäische Kinderbetreuungskulturen im Vergleich. Jüngste Entwicklungen in der vorschulischen Betreuung in Deutschland, Frankreich, Österreich und Schweden. Working Paper 82/2014

Baierl Andreas, Kapella Olaf (2014): Trend zur Teilzeit – Bestandsaufnahme und Auswirkungen für Beruf und Familie. Working Paper Nr. 81/2014

Neuwirth Norbert, Wernhart Georg (2013): Unsicherheit im generativen Verhalten. Auswertungen des GGS – Welle 1. Working Paper Nr. 80/2013

Geserick Christine, Dörfler Sonja, Kaindl Markus (2013): Sind Einzelkinder anders? GGS-Daten für Österreich, Norwegen, Frankreich und Russland. Working Paper Nr. 79/2013

Kaindl Markus, Wernhart Georg (2012): Wie Großeltern ihre Kinder und Enkelkinder unterstützen. Persönliche und finanzielle Hilfe von Großeltern aus Sicht der Großeltern und der erwachsenen Kinder. Working Paper Nr. 78/2012

Baierl Andreas, Kaindl Markus (2011): Kinderbetreuung in Österreich. Rechtliche Bestimmungen und die reale Betreuungssituation. Working Paper Nr. 77/2011

Geserick Christine (2011): Ablösung vom Elternhaus. Ergebnisse aus dem Generations and Gender Survey (GGS) 2008/09. Working Paper Nr. 76/2011

Kaindl Markus (2011): Betriebliche Kinderbetreuung in Österreich. Angebotsstruktur sowie Motive und Erfahrungen der Unternehmen im Bereich der betrieblichen Kinderbetreuung. Working Paper Nr. 75/2011

Kaindl Markus (2010): Die Kosten der Kinderbetreuung in Österreich. Höhe und Struktur der Ausgaben der Träger. Working Paper Nr. 74/2010

Geserick Christine (2010): Jugendbefragung: Frau und Mann – Partner in der Land- und Forstwirtschaft. Ergebnisse der Befragung von Schülerinnen und Schülern in NÖ. Working Paper Nr. 73/2010

Buchebner-Ferstl Sabine (2009): Kindgerechte außerfamiliäre Kinderbetreuung für unter 3-Jährige. Eine interdisziplinäre Literaturrecherche. Working Paper Nr. 72/2009

Diese Publikation wurde mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Familien und Jugend über die Familie & Beruf Management GmbH sowie der Bundesländer Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol und Vorarlberg erstellt.

